NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 10, Dezember 2016, 5. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

4 **LEBENDIGE ERINNERUNG**

FORUM

5 *Ulrich Hentschel* | Von der unheimlichen Macht verleugneter Schuld

10 *Monika M. Metzner-Zinßmeister* | Gerhard Hoch: Anstifter der ersten Stunde

13 *Christian Rathmer* | Stadt, Krieg, Gedächtnis: Die Hansestadt Lübeck – vom Umgang mit dem Gedenken nach 1945

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

20 Neue Förderung für Klassenfahrten zu Gedenkstätten deutscher Verbrechen in Polen

20 *Stephan Linck* | Zur Zukunft des Cap-Arcona-Gedenkens in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein – ein Workshop in Lübeck

21 *Karin Penno-Burmeister* | Die Cent-Aktion – ein neues Projekt von Pro-Gedenkstätten

22 *Jens Rönnau* | Verein Mahnmal Kilian schließt erste Schulkooperation

BERICHTE UND INFORMATIONEN

25 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

29 *Uta Körby* | Erfolg der Stolperstein-AG in Barmstedt: Verlegung von Grabsteinen für Kinder von Zwangsarbeiterinnen

29 *Uta Körby* | Vizekanzler Gabriel zu Besuch auf der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

30 *Karen Meyer-Rebentisch* | Die „Zeit des Erinnerns" in der Gedenkstätte Lutherkirche Lübeck

32 10.000 Besucherinnen und Besucher in der Gedenkstätte Lübecker Märtyrer

32 *Ingaburgh Klatt* | Jugendliche aus Polen und Lettland in der Gedenkstätte Ahrensbök – alle wollen wiederkommen

33 Wissenschaftspreis der Bürgerstiftung für die Historikerin Claudia Kuhn

34 Kreis Segeberg ehrt Vorstandsmitglieder der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

34 *Brigit Janzen* | Zwischen Aufklärung und Rechtslage: Konflikt um Gedenken der „Euthanasie"-Opfer

35 *Karin Penno-Burmeister* | ProGedenkstätten: Neues vom Rosenprojekt „Friedenslicht"

36 „Das sind wir den Toten und ihren Nachkommen schuldig". Bund und Länder einigen sich auf Erhalt der 3.000 Gräber von verfolgten Sinti und Roma

36 Fortbildung zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen

LESEZEICHEN

38 LITERATURHINWEISE

39 **TERMINKALENDER**

40 IMPRESSUM

EDITORIAL

Wann kommt es schon einmal vor, dass sich der Bundesvorsitzende einer großen Partei, zumal der amtierende Vizekanzler der Bundesregierung, in eine schleswig-holsteinische Gedenkstätte „verirrt"? So geschehen im Juni dieses Jahres, als SPD-Chef Sigmar Gabriel überraschend die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen aufsuchte und sich – vor seiner Eröffnung der Kieler Woche – die Geschichte und das Engagement der Einrichtung in Springhirsch erläutern ließ. Eine gute Nachricht für den Kaltenkirchener Trägerverein und die hiesige Gedenkstättenlandschaft, für die der Besuch politischer Prominenz immer wieder wichtig ist.

Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen ist bekannt für ihre besonders enge Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendlichen. Auch der Verein Mahnmal Kilian, der den Erinnerungsort Kieler Flandernbunker betreibt, beginnt nun eine solche Kooperation, und zwar mit der Hebbelschule der Landeshauptstadt. Am 15. Dezember wurde die Zusammenarbeit feierlich gestartet. Der Vereinsvorsitzende Dr. Jens Rönnau berichtet in dieser Ausgabe des NEWSLETTERS über das Projekt.

Welche Gedenkstätte zur Erinnerung an den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein wird am häufigsten besucht? Derzeit ist dies die Gedenkstätte Lübecker Märtyrer: Die Einrichtung der Erzbischöflichen Stiftung Lübecker Märtyrer verzeichnet 10.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr. Ganz so viele Interessierte zog die Gedenkstätte Ahrensbök bisher nicht an, allerdings lädt sie alljährlich Jugendliche aus osteuropäischen Staaten zu einem Sommerlager auf der Gedenkstätte ein. In diesem Jahr kamen Jugendliche aus Polen und Lettland in den ostholsteinischen Erinnerungsort, wie die Leiterin der Gedenkstätte Dr. Ingaburgh Klatt in einem Rückblick in diesem NEWSLETTER schreibt.

Eine kleine Reise unternahm auch die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), deren Mitglieder im September per Busexkursion ins dänische Museum Fröslev fuhren. LAGSH-Vorsitzende Uta Körby berichtet in diesem NEWSLETTER von der Fahrt und weiteren Aktivitäten des Vereins in den letzten Monaten. So auch von der Podiumsdiskussion am 14. November im Landeshaus Kiel mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien über das Thema „Wie weiter mit den Gedenkstätten?"

Wie weiter – das ist auch die Frage eines Projekts, das am 18. November in Lübeck gestartet ist. Dabei geht es erstmals um eine länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. In Lübeck kamen circa 20 Vertreter/innen der verschiedenen Erinnerungsorte der Cap-Arcona-Katastrophe vom 3. Mai 1945 zu einem Workshop zusammen, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Projektantrags der beiden Bundesländer an den Bund zu erörtern. Dr. Stephan Linck vom Vorstand der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) schreibt in diesem NEWSLETTER von dem Treffen und den damit verbundenen Perspektiven.

Neue Perspektiven eröffnen auch zwei andere Projekte: die vom schleswig-holsteinischen Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Bethe-Stiftung ermöglichte Förderung von Klassenfahrten zu Gedenkstätten deutscher Verbrechen in Polen sowie die „Cent-Aktion", die das Fundraising-Projekt ProGedenkstätten zusammen mit „grünen" Energieunternehmen des Landes entwickelt hat. Über beide Projekte finden Sie in dieser Ausgabe des NEWSLETTERS Informationen – ebenso zur Verleihung des Wissenschaftspreises der BGSH an die Historikerin Claudia Kuhn, zur Einweihung eines Erinnerungsortes für Zwangsarbeiter in Barmstedt und zu weiteren aktuellen Entwicklungen.

Den Beiträgerinnen und Beiträgern dieser Ausgabe sei herzlich gedankt! ◄

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
Dr. Harald Schmid

LEBENDIGE ERINNERUNG

Im Rahmen einer Kooperation mit dem Verein Mahnmal Kilian (Flandernbunker) interviewen Schülerinnen und Schüler des Kieler Gymnasiums Hebbelschule am 10. November eine Zeitzeugin.
Foto: Dr. Jens Rönnau ◄

FORUM

Von der unheimlichen Macht verleugneter Schuld*

Ulrich Hentschel

Drei Vorbemerkungen

1. Zum Ort: Das meiste, was wir in dieser Ausstellung sehen und lesen, belegt, dass die nordelbischen Landeskirchen zu einem wirklichen Neuanfang nach 1945 weitgehend unfähig und/oder unwillig waren. Dass es auch anders ging, zeigt die Geschichte Ladelunds. Sie wissen allerdings, dass die mühevolle, bußfertige und engagierte Arbeit hier in Ladelund über lange Zeit gesamtkirchlich und -politisch unbeachtet blieb und erst in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit bekommt, die sie schon lange verdient hatte. Diese neue Aufmerksamkeit hat allerdings nach meiner Beobachtung eine Kehrseite: Die Gedenkstätte Ladelund wird als Hinweis dafür genommen, dass es mit der Verdrängung der kirchlichen Schuld durch die Kirche Schleswig-Holsteins nicht so „schlimm" gewesen war. So wie Dietrich Bonhoeffer lange und bis heute als Kronzeuge einer widerständigen Kirche benutzt wird. Darum begrüße ich es sehr, dass Sie sich hier in Ladelund und im Kirchenkreis Nordfriesland nicht mit dem Hinweis auf die beachtliche Arbeit der Gedenkstätte salvieren, sondern auch der gesamtkirchlichen Geschichte stellen.

2. Zu einem häufigen Einwand: „Wie hättest du dich (denn) verhalten?" Immer wieder ist diese Frage, teils vorwurfsvoll, zu hören, wenn die Kritik am Verhalten unserer Vorfahren als allzu schwerwiegend und belastend erlebt wird. Wäre es eine offene Frage, würde ich zweierlei antworten: Erstens: Ich weiß es nicht, und zweitens: Ich hoffe, dass ich mich nicht beteiligt, mich nicht untergeordnet hätte. Aber was wäre mit dieser Antwort geklärt? Nichts. Vielmehr halte ich die möglichst klare Benennung und Analyse historischer Vorgänge, also hier der bleibenden deutschen Schuld unserer Gesellschaft und unserer Kirchen für Weltkrieg und Holocaust für notwendig, um daraus ethische und in unserem Kontext auch christlich begründete Kriterien und Wegweisungen für unser gegenwärtiges Handeln zu erhalten.

Blick in die Vortragsveranstaltung in Ladelund.
Foto: Marlise Appel

Angemessene und notwendige Fragen für uns alle sind also konkret: Wie verhalten wir uns heute, wenn Juden diffamiert werden, unter welchem Etikett auch immer? Was sind wir schuldig, wenn Roma und Sinti in unserer Gesellschaft Unterstützung begehren? Was tun wir angesichts des Wissens um die Millionen Zwangsarbeiterinnen in bestimmten arabischen Ländern, mit denen unser Land profitable Beziehungen unterhält?

3. Zum Glauben: Die Ausstellung und meine daran anschließenden Überlegungen muten Ihnen (und mir) Fragen und Infragestellungen zu, die uns herausfordern, anstrengend sind, uns sogar kränken können. Da scheint kein Trost zu sein, kein freundlicher Ausgang ist zu finden. Aber ich bin überzeugt, dass in der *Zumutung* der Konfrontation mit unserer Vergangenheit und Schuld ein biblisch begründeter und darum göttlicher Auftrag liegt. Gott lässt uns mit dieser Zumutung aber nicht allein und hoffnungslos werden. Denn in der Zumutung liegt auch eine *Ermutigung*. Die in

* Gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrags, den der Autor am 5. August 2016 zur Eröffnung der Wanderausstellung „Neue Anfänge nach 1945? Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen" in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund gehalten hat.

der Bibel dokumentierten scharfen Anklagen und Schuldbenennungen haben immer ein Ziel: das „Volk" auf einen guten Weg zu führen. Daran sollen sich die folgenden Ausführungen orientieren.

I.

"Und nun meine Herren, vorwärts mit Gott!", ruft Reichspräsident Paul von Hindenburg, nachdem er am Mittag des vorletzten Januartages 1933 Adolf Hitler zum Kanzler ernannt hat. Nach einem monatelangem Machtpoker hat der 85 Jahre alte Feldmarschall aus dem Ersten Weltkrieg den Vorsitzenden NSDAP mit der Regierungsbildung beauftragt. Trotz des sofort einsetzenden Terrors gegen die politische Opposition, vor allem KPD und SPD, bekommt die NSDAP bei den Reichstagswahlen nur 44 Prozent der Stimmen Dank der Unterstützung der anderen rechten Parteien reicht das zwar zur weiteren Festigung der Macht, zeigt aber doch gleichzeitig, dass noch nicht das ganze Volk nazifiziert war.

Ulrich Hentschel (2014). *Foto: Joachim Gottschalk*

Knapp 6 Monate später, am 23. Juli 1933, finden in ganz Deutschland Kirchenwahlen statt. Etwa zwei Drittel aller evangelischen Christinnen und Christen wählten dabei die „Deutschen Christen" (DC), die vollkommen mit den politischen Zielen der NSDAP und Hitler übereinstimmten, in die Kirchenvorstände. Dieses Ergebnis war eindeutig: Die große Mehrheit der evangelischen Christen stimmte mit den politischen, also den rassistischen, antisemitischen, militärischen, diktatorischen und faschistischen Zielen der Nazis überein. Schweigend oder zustimmend hatten sie in den Monaten zuvor schon die Verfolgung der politischen Opposition ebenso wie die Entrechtung der jüdischen Deutschen geschehen lassen. Hitler und die NSDAP wussten jetzt, dass sie sich auf das deutsche Volk – mehr als 90 Prozent gehörten den christlichen Kirchen an – verlassen konnten.

Haben sich die Christen und ihre Kirchen mit diesen Wahlentscheidungen schuldig gemacht? *Wenn* diese Frage nach 1945 überhaupt gestellt wurde, gab es Abwehr und Begründungen wie: „Wer hätte da schon ahnen können… Wir vertrauten den Versprechungen… Nach den Wirren der Weimarer Republik hofften wir…"

So wurde Verantwortung verweigert. Und darum gab es nach 1945 bei vielen Menschen, unseren Vätern und Müttern und Großeltern vielleicht so etwas wie das Gefühl von Scham, aber nur sehr selten ein Bewusstsein für Schuld. Und die gesellschaftlichen Institutionen, in denen wir uns bewegten, aus denen wir unsere moralischen und ethischen Orientierungen bezogen, beispielsweise Schulen, Kirchen, Heimatverbände, Parteien, halfen nicht zum Erkennen, sondern förderten das Verdrängen und Verharmlosen, ja mehr noch: das Leugnen und Lügen. Dabei ist das Verdrängen und Relativieren das schwierigere Erbe in unserer Erinnerungskultur, zu viele Beispiele gibt es dafür immer noch.

War diese Form des Umgangs mit der Schuld Ausdruck eines „Zeitgeistes", wie es schnell und abwehrend immer heißt? Nein, denn es gab nach 1945 auch Menschen und Parteien, die sich von einem Geist der Buße und Friedensverpflichtung leiten ließen und darum mit der Schuld auseinandersetzten und dieses auch in den Kirchen versuchten. Aber sie wa-

ren eine kleine Minderheit und wurden ignoriert und als „Nestbeschmutzer" diffamiert.

Die meisten Bischöfe, Pröpste und Kirchenämter aber waren – politisch in größter Übereinstimmung mit der CDU – von einem anderen Geist beseelt, der deutsch-nationalprotestantisch geprägt war und sich verständnisvoll eher um Nazi- und Wehrmachts-Kriegsverbrecher sorgte, also um die *Täter* statt um die *Opfer* des Nationalsozialismus. Sogar Mitglieder der Bekennenden Kirche (BK) bemühten sich unter dem Anspruch der Versöhnung um die ideelle und reale Entnazifizierung von kirchlichen Nazi-Tätern und Unterstützern. Dass Versöhnung nur von den Opfern ausgehen kann, kam ihnen nicht in den Sinn.

Hier in Ladelund aber hat man gelernt und weiß man, dass Begegnung und Versöhnung nur möglich war und bleibt, weil sie von den Opfern eines deutschen Verbrechens ausging, auch als Reaktion auf das Eingeständnis von Schuld.

Unterscheidet die Geister. „Ihr Lieben, glaubt nicht einem jeden Geist, sondern prüft die Geister, ob sie von Gott sind", heißt es im 1. Johannisbrief 4,1.

II.

70 Jahre hat es gebraucht, also zwei Generationen, bis jetzt unsere Kirche ihre eigene Geschichte des „Umgangs" mit der Nazizeit, wie es etwas zu freundlich im Titel der Ausstellung heißt, nicht nur durch den Historiker Stephan Linck recherchieren ließ, sondern mit dieser Ausstellung öffentlich präsentiert. Eine erste Erkenntnis drängt sich auf:

Das Diktum von Ralph Giordano von der „zweiten Schuld" gilt auch für unsere Kirchen. *Gerade* für die Kirche müssen wir davon sprechen, gehören doch Erkenntnis und Bekenntnis von Schuld zu ihren zentralen Grundlagen. Schuld gegenüber den Opfern und Schuld vor Gott – aber lässt sich das trennen? Wir gehen da in ein offenes Feld. Und werden uns fragen müssen, ob wir auf Gottes Vergebung hoffen dürfen, wenn wir den Opfern gegenüber schuldig geblieben sind, Versöhnung schon darum nicht möglich war.

Das sind Herausforderungen und Fragen, die uns und Ihnen mit der Ausstellung zugemutet werden. Die folgenden Beispiele sollen das konkret machen.

1. Pastor Friedrich Lensch war von 1930 bis 1945 Direktor der damaligen Alsterdorfer Anstalten, 1934 war er in die SA eingetreten. Als Direktor war er mitverantwortlich für den Tod von mehreren hundert Menschen in der Umsetzung des „Euthanasie"-Programms. Protegiert vom Oberkirchenrat und späteren Hamburger Bischof Volkmar Herntrich wurde er schon 1947 Pastor an der Christuskirche in Hamburg-Othmarschen. Dort war Pastor Lensch bald sehr beliebt. Auch über das Ende seiner Amtszeit 1963 hinaus und posthum bis heute hatte und hat er einen guten Ruf in seiner früheren Gemeinde.

1973 war ein vom damaligen Staatsanwalt Dietrich Kuhlbrodt vorbereitetes Verfahren gegen Lensch nicht eröffnet worden. Später stellt sich heraus, so Dietrich Kuhlbrodt, dass der dafür verantwortliche Richter nicht nur Gemeindemitglied bei Lensch gewesen war, sondern ihm auch persönlich verbunden.

Im Jahr 2000 kommentiert die aufwendige Gemeindechronik der Christuskirche Lenschs Mitverantwortung für die Ermordung von mehreren hundert, ihm zur Fürsorge anvertrauten Menschen so: „Bald kommt er an dieser exponierten Stelle in intensive Berührung mit der Rassen- und Eugenikpolitik der Nationalsozialisten." Dann wird Pastor Lensch selbst unkommentiert zitiert: „Ich bin dadurch in Doppeldeutigkeiten und viele schmerzliche Konflikte hineingeraten. Die Konsequenzen, die dadurch zu ziehen sind, muss und möchte ich für mich allein tragen."

Dass ein Pastor, der mitverantwortlich für den Tod von mehreren hundert Menschen ist, seine Schuld leugnet, ist fast schon typisch für das Verhalten vieler Mittäter und Unterstützer der Nazi-Verbrechen. Dass aber eine Kirche diesen Pastor protegiert und eine Gemeinde-

führung diese private Selbstendschuldung ohne Kommentar akzeptiert, zeigt die Macht nicht eingestandener Schuld über Generationen hinweg. Das funktioniert wie in diesem Fall sogar in einer Gemeinde, die sich durchaus engagiert, zum Beispiel mit der Verlegung von Stolpersteinen.

Ganz anders verhält sich die Stiftung Alsterdorf, wie die Alsterdorfer Anstalten seit 1988 heißen. Die Stiftung erinnert durch wissenschaftliche Aufarbeitung, eindeutige Distanzierung und regelmäßige Veranstaltungen an Schuld und Verdrängung der eignen Institution, aber auch der Hamburgischen Kirche. Und sie hat viel dafür getan und tut viel dafür, dass die Opfer gewürdigt werden.

2. Bischof Wilhelm Halfmann war bis 1945 ein führender Theologe der Bekennenden Kirche in Schleswig-Holstein. Einerseits widersetzte er sich mit seiner BK der „Machtergreifung" der „Deutschen Christen" in der Kirche. Andererseits verfasste er die antijüdische Schrift *Die Kirche und der Jude*, in der er zwar dem ideologischen Totalitätsanspruch-Anspruch der Nazis widersprach, dem Nazi-Staat aber das Recht zur Judenverfolgung zugestand, auch mit völkischen „Begründungen".

1946 wurde Halfmann Bischof der Landeskirche Schleswig-Holstein. In seiner 18-jährigen Tätigkeit fand er viel Anerkennung für den Wiederaufbau der kirchlichen Strukturen. Er hat sich aber nie von seiner antijüdischen Schrift distanziert, im Gegenteil: Intern hat er ausdrücklich sein Festhalten an den darin enthaltenen judenfeindlichen Aussagen bekräftigt. Außerdem war er ein Gegner der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 und auf verschiedene Weise an der kirchlichen Unterstützung von ehemaligen Nazi-Funktionären und Kriegsverbrechern beteiligt.

Über das Wirken und die Bedeutung von Halfmann gab es 2014/15 nach Erscheinen des Buches von Stephan Linck, das die Grundlage der Ausstellung „Neue Anfänge nach 1945?" bildet, heftige Debatten. Eine Gruppe ehemals leitender Persönlichkeiten der Nordelbischen Kirche distanzierte sich zwar auch – eher nebenbei – von Halfmanns antijüdischer Schrift, bemühte sich aber in der Hauptsache, den guten Ruf von Halfmann und der Bekennenden Kirche zu verteidigen.

3. In der Stuttgarter Schulderklärung vom 19. Oktober 1945 heißt es: „Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden." Dieser eine Satz in der Stuttgarter Schulderklärung des Rats der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) genügte, um heftige Proteste in großen Teilen der Landeskirchen, auch den von der Bekennenden Kirche geprägten, auszulösen.

So heißt es in einem Beschluss der noch einstweiligen Hamburger Kirchenleitung keine zwei Wochen später: „Sie [die Hamburger Kirchenleitung; U.H.] sieht in dieser Erklärung ein nicht zu rechtfertigendes Eingeständnis einer einseitigen Kriegsschuld und vermisst ein Wort der gemeinsamen Schuld aller Völker." Ähnlich war die Reaktion in Schleswig-Holstein.

Dabei wurde ignoriert, dass die angefeindete Erklärung selbst in mehreren Sätzen die deutsche und kirchliche Verantwortung für die deutsche Schuld relativiert hatte. Unter der im damaligen Kontext klaren Anspielung auf die Entnazifizierungsverfahren heißt es nämlich: „Wir hoffen zu Gott, dass durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde (…)."

Und ein Bekenntnis zur Mitverantwortung für den Holocaust, den Massenmord an Roma und Sinti, den Homosexuellen, politischen Gegnern und die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges ist in der Stuttgarter Erklärung nicht zu finden. Dabei waren alle Deutschen gerade in dieser Zeit mit den Fotos der unzähligen Ermordeten in den Konzentrationslagern konfrontiert worden. Man wusste also um den Massenmord an Juden, an sowjetischen Kriegsgefangenen, man wusste um die Verbrechen an den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Der Rat der EKD aber

schwieg, unsere norddeutschen Kirchen schwiegen, die Gemeinden schwiegen, die Christen schwiegen.

Bemerkenswert ist, dass die Stuttgarter Erklärung später entgegen den historischen Tatsachen als Dokument eines breiten kirchlichen Neuanfangs gerühmt wurde. Den hatte es fast drei Jahrzehnte lang nicht gegeben.

III.

Warum konnten und wollten die Kirchen nach 1945 ihre Mitverantwortung und Schuld nicht erkennen und anerkennen? Mehrere Deutungen sind naheliegend, die sich nicht ausschließen, sondern ergänzen:

1. Die Niederlage und das Ende des Nazi-Staates waren nicht von Deutschen und aus Deutschland selbst bewirkt, sondern von den Alliierten und regionalen Partisanenverbänden militärisch erzwungen worden. Millionen von Parteimitgliedern, von Täterinnen und Tätern, von Sympathisanten und Profiteuren konnten und wollten nicht innerhalb weniger Monate zu Antifaschisten und Demokraten werden. Konfrontiert mit den Verbrechen in den Mordlagern und der Wehrmacht mussten sie diese leugnen oder verdrängen. Alle Energie ging in den sogenannten Wiederaufbau. Das galt auch für die Kirchen.

2. Die Kirchen, die nach 1933 zwar massiven Eingriffen und Repressionen ausgesetzt waren, im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Institutionen wie zum Beispiel den Gewerkschaften aber nicht aufgelöst wurden, hatten sich sehr in interne Auseinandersetzungen verstrickt. Grob gesagt ging es ihnen im Wesentlichen darum, die eigene Organisation in struktureller und ideeller Weise von NSDAP und Staat freizuhalten. Gleichzeitig – und das ist kein Widerspruch dazu! – tolerierten und unterstützten sie sogar das Gros der politischen Maßnahmen des Nazi-Staates und des Führers. Also: kein Arierparagraph in der Kirche, wohl aber in allen anderen Bereichen. Darum blieb auch Dietrich Bonhoeffer in seiner Bekennenden Kirche sehr einsam, weil er sich am politischen Widerstand beteiligte und der Verfolgung der jüdischen Bürger nicht widerspruchs- und tatenlos zusehen wollte.

Diese institutionelle Selbstbezogenheit der Kirchen hielt lange an und führte zu dem Bemühen, die Mitverantwortung für die Nazi-Verbrechen nicht wahrhaben zu wollen.

3. Die Theologie in Deutschland war hilflos. Für die persönliche Schuld von Menschen und den Umgang damit gab (und gibt) es Kategorien, Rituale (wie etwa auch die Feier des Abendmahls) und dogmatische Abhandlungen. Für den Umgang mit einer kollektiven Schuld galt das nicht. Vor allem für eine so monströse Schuld wie die für den Tod von 40 Millionen Menschen, die bis dahin unvorstellbar war, gab es keine theologischen Verstehens- und Deutungstraditionen. Die konnte es natürlich auch noch nicht geben. Aber das Bemühen darum wäre möglich und notwendig gewesen. Doch die Theologie und mit ihr die Kirchen ließen sich von der *politischen* Abwehr der Kollektivschuld-These leiten.

IV.

Der Blick in die Ausstellung „Neue Anfänge nach 1945?" zeigt, dass der häufig zu hörende Hinweis auf eine allgemeine „Schuldverstrickung" eher zudeckt als erklärt. Es geht um konkrete Menschen mit ihrer persönlichen und institutionellen Verantwortung und es geht um konkrete Gruppen (wie die DC, die BK, die Kirchenleitungen...) und ihre Entscheidungen. Vor allem aber sprechen wir von einer Schuld, wie sie bis dahin – auch theologisch – nicht vorstellbar war. Holocaust und Zweiter Weltkrieg waren mit ihrer rationalen Planung und ihrer grausamen Durchführung ein Zivilisationsbruch, der nicht geglättet oder historisiert werden kann.

Darum gehören die folgenden Fragen immer wieder auf die Agenda und in die Verkündigung unserer Gemeinden und Kirchen:

- Wie verhalten sich Gemeinden und ihre verantwortlichen Gremien zu Mitverantwortung und Schuld und deren Nichtklärung durch ihre früheren Pas-

toren, Kirchenvorstände und Leitungen?

- Können und sollen sie sich selbst zur Schuld dieser Vorfahren bekennen? Und wie könnte ein solches Schuldbekenntnis aussehen? Noch ein weiteres Wort? Und/oder eher die radikale (Umkehr!) Veränderung vertrauter kirchlicher und liturgischer Praxis?
- Und schließlich die schwerste, aber not-wendigste Frage: Was hat die Kirchen, ihre Mitglieder und ihre Repräsentanten, dazu gebracht, sich dem Geist Gottes, also der Nächstenliebe/Solidarität, der Gerechtigkeit und dem Bund mit Israel zu verweigern und sich stattdessen dem Geist der totalen Menschenverachtung, des Hasses und des Todes anzuvertrauen?

Wir werden da bis zu unseren Urahnen, also vor allem Martin Luther und seinem theologischen und teilweise rassischen Antijudaismus zurückfragen müssen. In diesem Fragen, Suchen und Erkennen und einer entsprechenden Veränderung unserer Kirchen werden Neuanfänge möglich. Dazu soll die Ausstellung einen Impuls geben.

Ulrich Hentschel ist Pastor im Ruhestand und war von 2010 bis 2015 Studienleiter für Erinnerungskultur an der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Hamburg. ◄

Gerhard Hoch: Anstifter der ersten Stunde*

Monika M. Metzner-Zinßmeister

Gerhard Hoch war ein Anstifter, der viele bewog, aktiv in die Gedenkarbeit einzusteigen. Er hat auch mich angestiftet.

Es war am Vorabend des Buß- und Bettags 1996. Im Bürgerhaus von Ahrensbök wurde ein Freund angekündigt, der Klezmer-Musik spielen wollte. Dieser Freund hatte im Jahr zuvor eine Reise nach Polen „Auf den Spuren des ermordeten Judentums" organisiert. Zwar trug Ulrich George an diesem Abend jiddische Lieder vor und spielte Klezmer auf seiner Gitarre. Doch der Anlass des Abends war ein anderer.

Michael Schwer, evangelischer Pastor in Ahrensbök, hatte Gerhard Hoch eingeladen. Hoch referierte im gut besetzten Bürgerhaus über ein Thema, das in Ahrensbök jahrzehntelang totgeschwiegen wurde: der Todesmarsch von etwa 500 KZ-Häftlingen aus den Konzentrationslagern Auschwitz-Fürstengrube und Dora-Mittelbau, die im April 1945 durch den Raum Ahrensbök getrieben wurden. Hier wurden sie 14 Tage lang in den Scheunen von Siblin und auf Gut Glasau eingesperrt, bevor sie Anfang Mai 1945 nach Neustadt marschieren mussten, dort zusammen mit mehreren tausend weiteren KZ-Häftlingen vor allem aus Neuengamme auf drei in der Bucht liegenden Schiffen eingesperrt wurden. Und wo die meisten nur Tage vor der Befreiung während eines britischen Bombenangriffs am 3. Mai 1945 ihr Leben verloren.

Gerhard Hoch beschrieb eindringlich, wie die 500 Elendsgestalten durch die Dörfer des südöstlichen Holsteins getrieben wurden. Dass sie krank waren, ausgehungert, ausgemergelt, sich in Holzpantinen, manche barfuß, über die Straßen schleppten, an Häusern vorbei in denen unsere Eltern, Großeltern wohnten. Dass vor unseren Haustüren bewaffnete SS-Männer bis kurz vor dem Kollaps der NS-Diktatur Menschen mordeten, weil sie zusammenbrachen, weil sie austreten mussten, weil sie – wie uns ein Vereinsmitglied und

* Leicht überarbeitete Fassung des Vortrags der Autorin, gehalten im Rahmen des Symposiums „Zu Leben und Werk von Gerhard Hoch" am 25. Juni 2016 im Gymnasium Kaltenkirchen.

Zeitzeuge bis heute erzählt – sich einen Stecken zum Aufstützen wünschten.

Es war wohl das erste Mal, dass Gerhard Hoch vor einem wirklich interessierten Publikum in Ahrensbök sprechen konnte. An diesem Abend war ihm große Aufmerksamkeit in einem gut besetzten Haus sicher. Zwar musste er sich auch hier die üblichen Vorwürfe anhören, wie: Es müsse „endlich Schluss sein mit dem Herumwühlen in der Vergangenheit". Man solle „die alten Leute in Frieden lassen". Aber: Man hörte ihm zu. Man stellte ihm Fragen. Man riss ihm die letzten Exemplare seines 1990 erstmals publizierten Buchs *Von Auschwitz nach Holstein* förmlich aus den Händen.

Monika Metzner-Zinßmeister beim Vortrag in Kaltenkirchen. *Foto: Dr. Harald Schmid*

Das war in der Zeit davor anders gewesen. Wenige Jahre früher hatte ein anderer Ahrensböker Pastor, Dietrich Sprung, Hoch schon mal nach Ahrensbök eingeladen. Hoch sollte und wollte interessierte Ahrensböker darüber aufklären, was sich im April 1945 in ihren Straßen, vor ihren Haustüren zugetragen hatte. Pastor und Referent warteten vergeblich an diesem Abend im Schützenhof auf Interessierte. Niemand war interessiert. Keiner kam.

Gerhard Hoch kannte sich aus in dieser Region. Als er, beispielsweise, am 14. September 1989 während einer sogenannten Hoffnungswanderung für Südafrika in den Ahrensböker Ortsteil Bokhof kam, machte er eine Pause. Er schilderte an diesem Ort seinen Mitwanderern, wie hier am Straßenrand Menschen erschossen wurden, nachdem man sie aus dem fernen Auschwitz bis nach Holstein getrieben hatte. Teilnehmer erinnern sich bis heute an diese bewegende Gedenkpause.

Es war die Zeit der intensiven Recherchen für sein Buch *Von Auschwitz nach Holstein*. Gerhard Hoch betrieb seine Forschungsarbeit gegen alle Widerstände und mit bewundernswerter Akribie. Dabei hat er viele Widrigkeiten hinnehmen müssen. Monate zuvor, im April 1989, war er für eine NDR-Dokumentation über „das KZ auf dem Bauernhof" mit zwei Überlebenden in der Gemeinde. Es ergab sich, dass ein Ahrensböker Tankstellenbesitzer mit den zwei Zeitzeugen ins Gespräch kam. Als er erfuhr, dass die beiden Besucher jüdischen Glaubens waren, beleidigte er sie mit den Worten: „Der Jude hat von jeher die Kriege gemacht. Und er wird auch weiterhin Kriege machen."

Die Reihe lässt sich fortsetzen. Es hat Gerhard Hoch bis an sein Lebensende gekränkt, welche Steine man ihm in den Weg legte, als er für Recherchen über den Todesmarsch in den 1980er-Jahren im Raum Ahrensbök unterwegs war.

- Beispiel Schmidt: Hoch versuchte vergeblich mit Max Schmidt, dem Lagerführer aus Auschwitz, dem Verantwortlichen des Todesmarsches, ins Gespräch zu kommen. Stattdessen wurden ihm rechtliche Schritte angedroht.
- Beispiel evangelische Kirche: Vergeblich versuchte Hoch in Saraus Kirchenchronik zu forschen. Pastorin, Kirchenvorstand und Nordelbisches Kirchenamt verweigerten im die Einsicht.
- Beispiel *Ahrensböker Nachrichten*: der Chefredakteur verwehrte ihm das Studium der Archivbände der kleinen unbedeutenden Lokalzeitung.
- Beispiel SPD: Genossen stellten sich schützend vor ihren Mitbürger, den ehemaligen SS-Oberscharführer, den Auschwitz-Lagerkommandanten Max Schmidt.

Der Buß- und Bettag anno 1996 aber brach die „Front der Abwehr", so O-Ton Hoch. Sein Vortrag hatte einige im Publikum sehr bewegt. In den folgenden Monaten traf sich mehrfach eine Gruppe von Interessierten im Pastorat der Ahrensböker Kirche. Sie beschlossen, Hochs Anregung aufzugreifen und Kontakte zu Überlebenden des Todesmarschs zu suchen. Gerhard Hoch nannte Namen, vermittelte Adressen von drei Überlebenden. Die Gruppe formulierte gemeinsam einen „Brief für die Menschlichkeit". Fünfzig Männer und Frauen – darunter die Autorin dieses Textes – erklärten darin mit ihren Unterschriften: „Vermutlich zum ersten Mal seit April 1945 stellten Menschen, die in und um Ahrensbök leben, sich dem Grauen dieses Todesmarsches, um darüber zu sprechen..."

Einer der drei Überlebenden antwortete. Sam Pivnik wurde eingeladen. Er reiste im Juni 1998 aus London an. Gemeinsam mit Gerhard Hoch wurde erstmals in Ahrensbök in einer Veranstaltung mit Presse, Bürgervorsteher und Bürgermeister öffentlich thematisiert, dass bis wenige Tage vor der Befreiung schweres Unrecht, massive Menschenrechtsverletzungen in und um Ahrensbök herum geschehen waren. Gerhard Hoch konnte an diesem Tag die Neuauflage seines Buchs *Von Auschwitz nach Holstein* in einer feierlichen Veranstaltung in der Gemeindebücherei vorstellen. Pastor Schwer hatte Geldgeber und einen neuen Verlag (Dölling und Galitz, Hamburg, 1998) gefunden.

Im Mai 1998 hatte sich die Gruppe 33 konstituiert, die sich als Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte verstand. Gerhard Hoch muss als Pate dieser Bürgerinitiative bezeichnet werden. Obwohl anfangs die Mehrzahl der Mitglieder und Interessierten Ahrensböker Bürger und Bürgerinnen waren, die in der Gemeinde wohnten und arbeiteten, wurden die Aktivitäten der Gruppe 33 vor Ort keineswegs begrüßt. Es gab hässliche Reaktionen. Schwer wurde geraten, „den Quatsch sein zu lassen". Und Gerhard Hoch wurde gewarnt, wenn er „nochmal nach Ahrensbök kommt, braucht er Polizeischutz".

Gerhard Hoch hat in all den Jahren unseres gemeinsamen Engagements keinen Polizeischutz in Ahrensbök verlangt. Er legte regelmäßig die fast zweistündige Fahrt von Alveslohe nach Ahrensbök zurück, um die Arbeit der Gruppe 33 zu begleiten.

Im Spätsommer 1999 formten 15 junge Menschen aus vier europäischen Staaten während eines internationalen Jugendsommerlagers Stelen aus Ton und Beton. Sie wurden als Wegzeichen in allen Orten Ostholsteins aufgestellt, durch die 1945 der Todesmarsch führte. Für Gerhard Hoch ging ein „Traum in Erfüllung", wie er damals sagte.

Es gab allerdings auch Dissens. Der Diskurs innerhalb der Gruppe 33 konnte sehr kontrovers sein. Insbesondere die Rolle des Lager- und Transportführers, SS-Mann Max Schmidt, wurde unterschiedlich beurteilt. Mahnungen Gerhard Hochs, dem „Kriegsverbrecher keine billige Selbstdarstellung zu verschaffen", wurden von der Gruppe ernst genommen.

Persönliche Kontakte Einzelner zu Schmidt konnten aber nicht verhindert werden. Gerhard Hoch wurde von einigen unter anderem ein „anklagender, zu emotionaler Ton" vorgeworfen, was andere in der Gruppe besonders an ihm schätzten. Es kam zu Austritten, als die Mehrheit darauf bestand, in der ersten von mehreren geplanten Ausstellungen den Todesmarsch zu thematisieren. Die dazu eingerichtete Arbeitsgruppe musste auf Gerhard Hochs aktive Betreuung verzichten. „Mein Buch wird mich vertreten", hatte er der Gruppe 33 schriftlich mitgeteilt.

Am 8. Mai 2000 wurde ein Trägerverein gegründet, in dem später die Gruppe 33 aufging. Der Trägerverein erwarb eine marode Immobilie, das ehemalige Wohn- und Verwaltungshaus einer Zuckerfabrik, 1933 Ort eines frühen Konzentrationslagers.

Und als ein Jahr später die Gedenkstätte Ahrensbök in diesem Gebäude eröffnet wurde, war zeitgleich erstmals die von mir kuratierte Ausstellung „Von Auschwitz nach Holstein" auf

33 Tafeln zu sehen. Gerhard Hochs Buch war hierfür als eine der wichtigsten Quellen intensiv genutzt worden. Seine Texte wurden stellenweise – mit Nennung des Autors – wörtlich übernommen.

Den vereinsinternen Querelen zum Trotz blieb die Zusammenarbeit mit Gerhard Hoch eng und herzlich. Gerne besuchte er die Internationalen Jugendsommerlager auf dem Gelände der Gedenkstätte. Im Kreis junger Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt sprach er oft darüber, wie während der Jahre der NS-Diktatur ein ganzes Volk blind war, wie es Krieg und Unterdrückung seiner Nachbarvölker, Verfolgung und Ermordung von Millionen hingenommen hatte. Hoch stellte sich mit bewundernswerter Offenheit und Gradlinigkeit der Tatsache, dass auch er lange verblendet gewesen war, dass auch er als junger Mensch von der Minderwertigkeit anderer Völker überzeugt war. Bewegt lauschten ihm die jungen Leute, von denen einige aus Ländern kamen, die Opfer des deutschen Terrors gewesen waren.

Zu Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Todesmarsches durch Holstein kam Hoch in die Scheune von Siblin. Hier suchte er das Gespräch mit dem Überlebenden Henry Bawnik und seiner großen Familie, die den Zeitzeugen begleitete. Zum 10. Internationalen Jugendsommerlager, hatte die Leiterin Barbara Braß Gerhard und Gesa Hoch zu einem lauten Fest eingeladen. Beide kamen. Schließlich aber forderte das Alter sein Tribut. Gerhard Hoch scheute nun die lange Fahrt nach Ahrensbök und so reisten einige immer mal wieder nach Alveslohe, um den Gedankenaustausch lebendig zu halten.

Im Frühjahr 2004 übergab Gerhard Hoch dem Trägerverein ein großes Paket mit drei voll gepackten Leitzordnern. Sie enthielten seine schriftlich festgehaltenen Recherche-Ergebnisse, seine umfangreiche Korrespondenz, internationale und deutsche Dokumente, Fotos. Es ist sein Nachlass zum Thema Todesmarsch. Er überreichte uns das Konvolut mit den Worten: „Der Inhalt ist bei euch besser aufgehoben als bei mir". Derzeit wird dieser Nachlass digitalisiert. Sicher ist, dass wir ihn wie einen Schatz hüten.

Gerhard Hoch wird in der Gedenkstätte Ahrensbök immer einen wichtigen Platz einnehmen – als Freund und als Anstifter für ein Engagement, von dem wir hoffen, dass es nie nachlassen wird.

Monika M. Metzner-Zinßmeister ist Mitglied des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V., dessen Vorsitzende sie von 2006 bis 2012 war. ◄

Stadt, Krieg, Gedächtnis: Die Hansestadt Lübeck – vom Umgang mit dem Gedenken nach 1945*

Christian Rathmer

Die Folgen des ersten großen Flächenbombardements auf eine deutsche Stadt während des Zweiten Weltkrieges an „Palmarum 1942" haben überall sichtbare Spuren im Stadtbild der alten Hansestadt Lübeck hinterlassen und dieses Ereignis hat sich auch nachhaltig im kollektiven Gedächtnis ihrer Bewohner/innen verankert. Ein sehr anschauliches wie eindringliches Beispiel dafür sind die Glocken von St. Marien, die mitten im Herzen Lübecks in der großen mittelalterlichen Kathedrale noch heute unverändert zerbrochen am Boden der mächtigen Westtürme liegen.

Wie wurde nun aber nach dem letzten Krieg von den Bürger/innen der Stadt konkret mit der Vergangenheit umgegangen, was wurde erinnert und welche Formen wurden dafür gewählt? Wer waren und sind die Akteure?
Die Erinnerungskultur Lübecks ist in erster Linie ablesbar an den sich mit der Zeit in der Formsprache wechselnden verschiedenen Kunstwerken im öffentlichen Raum: den

* Der Text basiert auf der Stadtführung des Autors in Lübeck am 11. Juni 2016 im Rahmen der 10. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein.

Mahnmalen, Gedenksteinen, Kriegerdenkmalen, schlussendlich den Gedenkorten.

Ehren – einst und jetzt

Zunächst ein Blick auf die Erinnerungskultur im 19. Jahrhundert. Die Toten der Kriege von 1813, 1864, 1866 sowie 1870/71 wurden noch auf dem Burgtor-Friedhof bestattet, für sie wurden in den Gemeindekirchen Gefallenen-Tafeln aufgestellt. Vor den Toren der Stadt wurden darüber hinaus gar vereinzelt auch Denkmäler errichtet.

Mit der großen Zahl der Toten des Ersten Weltkrieges bekam die Form des Gedenkens ein bis dahin ungeahntes Ausmaß. Bereits 1914 wurde der „Ehrenfriedhof" angelegt, auf dem weniger Tote begraben, als vielmehr Gedenksteine aufgestellt wurden für die „gefallenen" Offiziere des 162. Hanseatischen Infanterie Regiments Lübeck.

Christian Rathmer bei der historischen Stadtführung am 11. Juni in Lübeck. *Foto: Dr. Harald Schmid*

Mit monumentalen Plastiken, dem „Sterbenden Krieger" (1919) und der Skulptur „Helm ab zum Gebet" (1924) wurde diese Anlage prachtvoll ausgestattet. Die Pläne, eine „Ruhmeshalle" in der Katharinenkirche einzurichten, wurden später fallengelassen.

In den Folgejahren wurden vielerorts Ehrenmale aufgestellt, zum Teil mit den Namen der Kriegstoten beschriftet. So errichtete die St.-Marien-Gemeinde im Jahre 1929 ein besonders gewaltiges Monument.

Zahlreiche Kriegstote wurden aber auch auf dem Vorwerker Friedhof beigesetzt. Der Ehrenfriedhof wurde zum ersten Gedenkort für die Toten von Krieg und Gewalt.

Und noch heute wird hier am Volkstrauertag offiziell der Toten der Kriege gedacht. Dabei stehen eher militärische Traditionen im Vordergrund.

Ehren, Gedenken, Mahnen – heute

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das Gedenken grundlegend. Die Orte der Trauer und des Erinnerns waren für Jahrzehnte zunächst jedoch weiterhin die Friedhöfe der Stadt, am Burgfeld und in Vorwerk.

Die Toten bekamen nunmehr lediglich schlichte Gräber in langen Reihen, auf große Ehrenmale und kunstvolle Denkmäler wurde erst einmal verzichtet.

Gegen erhebliche Widerstände und mit großem zeitlichen Verzug wurde dann aber von der Bürgerschaft der Hansestadt am 1. September 1950 das „Ehrenmal für die Opfer des Faschismus" eingeweiht, integriert wurden die Gräber einzelner bekannter KZ-Opfer. Dies war nunmehr kein Erinnerungsort mehr für Soldaten, sondern in erster Linie Ort des Gedenkens an die Toten des politischen Widerstands, der „anderen Deutschen".

1999 errichtete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und die Stadt hier einen Gedenkstein für die Familie Bringmann. Stellvertretend steht sie für den Widerstand von Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Familie Emilie und Heinrich Bringmann und deren acht Söhne traten von 1933 bis 1945 kompromisslos und unerschrocken gegen das nationalsozialistische Gewaltregime an. Dafür haben Mitglieder der Familie Bringmann insgesamt 36 Jahre und sechs Monate in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen müssen.

Der Vorwerker Friedhof beherbergt darüber hinaus zahlreiche weitere Kriegsgräber-Anlagen: für gefallene Soldaten beider Weltkriege, für die Bombenopfer, für die an den Folgen von Flucht und Vertreibung Verstorbenen, für KZ-Häftlinge der Todesmärsche und für viele hundert ausländische Zwangsarbeiter/innen, die in Lübeck starben. Diese fanden jedoch in

der breiten Öffentlichkeit bald immer weniger Beachtung.

An das sich einst im Anschluss an das Friedhofsgelände befindliche Kriegsgefangenen-Offizierslager XC mit seinen bis zu 2.000 Gefangenen erinnert heute nichts mehr.

Vor allem die Toten des Bombenangriffs zu „Palmarum 1942", aber auch zahlreiche in Lübeck an ihren Verletzungen verstorbene Soldaten sind teils erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem Ehrenfriedhof bestattet worden.

1963 wurde schließlich mit der Skulptur „Mutter mit Kindern" auf dem Ehrenfriedhof das „Ehrenmal für die Bombenopfer der Hansestadt Lübeck" errichtet. Damit verlagerte sich die Blickrichtung des Gedenkens wieder mehr auf die Deutschen als Opfer der Gewalt. Ein Gedenkstein für Dr. Julius Leber ist dort der traditionelle Gedenkort der Lübecker Sozialdemokratie.

Im Zentrum der Stadt war Erinnerung lange Zeit eher randständig, mit anderem Ziel. So befinden sich am Rathaus zwei bemerkenswerte Zeugnisse der bundesrepublikanischen Nachkriegsgedenkkultur:

- Die 1953 von Curt Stoermer geschaffene Metallgrafik „Kriegsgefangene" nimmt in der Gedenkkultur der Hansestadt einen besonderen Raum ein. Sie wurde 1953 erschaffen, unter den Rathaus-Arkaden angebracht und 1961 noch einmal ergänzt. Sie erinnert an die unmittelbare Nachkriegszeit, in der sich Millionen von deutschen Soldaten noch in Kriegsgefangenschaft befanden und man in der Heimat ein Zeichen setzen wollte, dass man diese nicht vergessen habe.
- Die zweite bemerkenswerte Plastik am Rathaus ist die Gedenktafel „Deutsche Einheit". 1975 wurde auf Antrag des Lübecker Senats von der Bürgerschaft die Errichtung eines Mahnmals beschlossen, welches an das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz und an den „Tag des Mauerbaus" am 13. August 1961 erinnern sollte. Die Arbeit des Lübecker Bildhauers Herbert Müller-Fried wurde am 13. August 1975 enthüllt. 1994 wurde nach einem Beschluss der Bürgerschaft das Relief um die aktuellen Ereignisse ergänzt: „3. OKTOBER 1990" und „DAS ZIEL IST ERREICHT".

Wenige Jahre später setzte dann eine gedenkpolitische Wende ein. 1981 organisierte der AStA der Universität Lübeck zusammen mit dem Institut für Medizingeschichte eine Vorlesung zum Thema „Medizin und Nationalsozialismus". Aufgrund dieser Initiative wurde 1983 der Gedenkstein für die deportierten Patienten der Heilanstalt Strecknitz aufgestellt. Im September 1940 wurden zunächst 20 jüdische Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Strecknitz in der Vernichtungsanstalt Brandenburg mit Giftgas ermordet. Ein Jahr danach, am 23. September 1941, wurden im Zuge der Auflösung von Strecknitz 605 Patienten über Hamburg-Langenhorn in die Durchgangsanstalten Eichberg, Herborn, Scheuern und Weilmünster deportiert, wo fast alle durch Vernachlässigung, Hunger, Krankheit oder Giftinjektionen starben. An ihr Schicksal erinnert seit 1983 in der weitläufigen Grünanlage der heutigen Medizinischen Universität eine auf einem Stein montierte kleine Bronzetafel, die allerdings nur allzu leicht übersehen wird (sie befindet sich auf Höhe von Haus 6 der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie).

Auch innerhalb der Vorwerker Diakonie setzte man sich mit der Geschichte der eigenen Institution in der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Ergebnis: Heinrich Brands Plastik „Die Bergende" und die Benennung der Pflegeschule nach Gesa Feuerberg, einem der Opfer der Euthanasie. 1988 wurde die Bronze-Plastik des Lübecker Bildhauers Heinrich Brand im Innenhof des zentralen Verwaltungsgebäudes der Vorwerker Diakonie in der

Triftstraße aufgestellt. Gisa Feuerberg wurde am 17. März 1925 in Czortkow in Galizien, das heute zur Ukraine gehört, geboren. Sie war eine der zehn Menschen mit Behinderung und jüdischer Religionszugehörigkeit, die der sogenannten T4-Aktion der Nationalsozialisten im September 1940 zum Opfer fielen. Zusammen mit neun weiteren Bewohnern der Vorwerker Diakonie wurde sie zunächst nach Hamburg-Langenhorn und anschließend weiter in die sogenannte Landespflegeanstalt nach Brandenburg an der Havel gebracht, wo alle getötet wurden. Ihr Name steht stellvertretend für alle zehn Ermordeten. Ihr Leben und Sterben soll uns Mahnung und Ansporn sein, ein Zeichen gegen das Vergessen und Gleichgültigkeit setzen. In der Zufahrt zur Vorwerker Diakonie wurden Stolpersteine für sie verlegt.

Der Umschwung im Gedenken zeigte sich auch auf andere Weise. Zum 50. Jahrestag der NS-„Machtergreifung" wurde 1983 die Ausstellung „Nationalsozialismus in Lübeck 1933–1945" gezeigt. Im Jahr darauf veröffentlichte Albrecht Schreiber in den *Lübecker Nachrichten* eine Artikelserie zum Thema „Das Schicksal der Lübecker Juden im Dritten Reich".

Im Anschluss an die beiden Weltkriege war bis dato – auf ganz unterschiedliche Weise - der zahlreichen Opfer gedacht worden; danach hatte es lange Zeit keine neuen Impulse gegeben. In den frühen 80er-Jahren setzte mit dem Aufkommen der Friedensbewegung ein neues, anderes Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ein. Es gründete sich vor Ort beispielsweise der Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung, der Zeitzeugenerinnerungen zusammentrug und einen *Alternativen Stadtführer zu den Stätten des Widerstands und der Verfolgung* verfasste.

Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes erarbeitete die Stadt eine Ausstellung über Lübeck im Nationalsozialismus. In diesem Zusammenhang gab sie auch eine in Eisenguss ausgeführte Plastik mit dem Titel „Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus" in Auftrag, das 1985 eingeweiht wurde.

Links neben dem nördlichen Eingang des Zeughauses, zu beiden Seiten eines Blendpfeilers, ist das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus von Erich Lethgau installiert. Die beiden Eisenplatten bilden zusammen einen unregelmäßigen Halbkreis. Einschnitte, die sich in Falzgrate verwandeln und tief in die Fläche hineinführen, unterbrechen den äußeren Rand und geben den massiven Platten den Anschein von Bewegtheit. Die Verwerfungen an den Rändern erinnern an zerknittertes Papier oder auch – entfernt – an auflodernde Flammen. Folgende Inschrift ist dort zu lesen: „Dem Gedenken der Lübecker Bürger, die in den Jahren 1933 bis 1945 aus politischen, religiösen und rassischen Gründen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden. Ihr Leidensweg begann in vielen Fällen hier, in den Haftzellen der Geheimen Staatspolizei im Keller des ehemaligen Zeughauses."

Teilnehmer/innen der Exkursion in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Lübecker Märtyrer.
Foto: Dr. Harald Schmid

Das Zeughaus war im Jahr 1594 erbaut worden. Nach einer wechselvollen Geschichte als Kornspeicher, Wollmagazin und Zeughaus wurde es im „Dritten Reich" zum Hauptquartier der Gestapo in Lübeck. Heute beherbergt es die völkerkundliche Sammlung sowie Teile des Archivs und der Bauverwaltung der Hansestadt. Die Bemühungen, den Zellentrakt im Keller zugänglich zu machen, sind bisher gescheitert. Gleichwohl, diese Gedenktafel steht für ein verändertes Bewusstsein des öffentlichen Gedenkens. 2016 wurde die Tafel um ei-

nen Zusatz ergänzt, auf dem an die Menschen erinnert wird, die in der NS-Zeit aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt wurden.

In den 90er-Jahren entwickelten sich gesellschaftlich breit aufgestellte Gedenkinitiativen; und die historisch-politische Bildung gewann ganz allmählich an Schärfe und Profil. Dazu zählt auch die Gründung der Erich-Mühsam-Gesellschaft im Jahre 1989.

„Zeit des Erinnerns"

Zu Beginn der 90er-Jahre bekam die Gedenkkultur in Lübeck eine neue Dynamik. Auf Initiative der damaligen Kulturamtsleiterin, Dr. Ada Kadelbach, organisierte die Historikerin Dr. Ingaburgh Klatt die Veranstaltungsreihe „Zeit des Erinnerns – für die Zukunft", in der seit nunmehr 25 Jahren jeweils im November ein breitgefächertes Angebot an Gedenkveranstaltungen organisiert wird, mit der die Stadt der zerstörten Vielfalt durch die Nationalsozialisten gedenkt. Die Reihe wird von ganz unterschiedlichen Akteuren und Initiativen getragen. An erster Stelle seien hier die Jüdische Gemeinde genannt, die christlichen Kirchen, das Haus der Kulturen, das Kommunale Kino und das (bis Ende 2011 bestehende) Kulturforum Burgkloster sowie die Geschichtswerkstatt Herrenwyk. In der Folge wurde eine Reihe von zeitgeschichtlichen Ausstellungen erarbeitet und diverse Publikationen veröffentlicht:

- 1993: Ausstellung „...dahin wie ein Schatten." Aspekte jüdischen Lebens in Lübeck
- 1994, Schulumbenennung: Die Ergebnisse einer Projektwoche an der 1. Integrierten Gesamtschule Lübecks zum Leben und Sterben jüdischer Kinder in Lübeck während der NS-Zeit mündeten in die Umbenennung der Schule zur „Geschwister-Prenski-Schule" nach drei Lübecker Geschwistern, deren Leben 1941 ausgelöscht wurde. Die Beschäftigung mit Ausgrenzung und Gewalt gehört seit dieser Zeit zum festen Bestandteil des Schulprogramms.
- 1994: Mahnwache anlässlich des ersten Brandanschlages auf die Lübecker Synagoge
- 1995: Ausstellung „‚Lösch mir die Augen aus' - Leben und Sterben der vier Lübecker Märtyrer"
- 1995: Einweihung des „Mahnmals zur Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur". Direkt vor dem Holstentor in der Grünanlagen steht eine Stele aus Naturstein: Das Mahnmal gegen den Nationalsozialismus. Die Inschrift auf der angeschrägten Oberseite des Quaders erklärt den Anlass, dort liest man: „2. Mai 1945/Befreiung Lübecks von der nationalsozialistischen Diktatur". An den Seitenflächen steht eingraviert: „Uns bleibt die Verpflichtung: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland". Ein Stein des Anstoßes ist dies kaum, dazu müsste man ihn zunächst einmal überhaupt bemerken. In ganz Europa feiert man heutzutage den 8. Mai als Kriegsende, in Deutschland ist dieses Datum allerdings weniger im kollektiven Gedächtnis verankert. Anders auch als in unseren Nachbarländern wird von Staatswegen nur sehr zurückhaltend an die vielen Opfer von Krieg und Gewalt erinnert.
- 1997: Ausstellung „‚Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer...'. Zwangsarbeit in Lübeck 1939–1945". Die Ausstellung entstand als Folge der Auseinandersetzung mit der Ehrung von Heinrich Dräger.
- 1999: Gedenkstele Todesmarsch I im Rahmen des Wegzeichen-Projekts der Gedenkstätte Ahrensbök

- 1999 Wanderausstellung „Pöppendorf statt Palästina. Zwangsaufenthalt der Passagiere der ‚Exodus' 1947 in Lübeck".

Die Entwicklung der letzten eineinhalb Jahrzehnte sei hier ebenfalls stichwortartig erwähnt:

- 2001: Konzeption des Stadtrundgangs „Auf den Spuren jüdischen Lebens in Lübeck"
- 2001: Ausstellung „Bruder Sinti, Schwester Roma..."
- 2001 Ausstellung „Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945"
- 2004: 1. Lübecker Märtyrer-Kreuzweg
- 2006 Gründung der Initiative Stolpersteine für Lübeck
- 2007 Eröffnung des Willy-Brandt-Hauses in Lübeck
- 2010 Museumsdidaktischer Baustein „Judenverfolgung und Holocaust", „Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit" im Rahmen des Projektes „Jugend ins Museum" der Michael-Haukohl-Stiftung
- 2011: Seligsprechung der Lübecker Märtyrer
- 2011: „KlopfKlopf – Lübeck ist weltoffen". Seit 2011 wurde der wieder verstärkt aufkommenden Neonazibewegung mit der Aktion „KlopfKlopf – Lübeck ist weltoffen" ein breit aufgestelltes Gedenkprogramm jeweils um den 28. März herum zu „Palmarum" entgegengestellt, dem Jahrestag, an dem die Hansestadt Lübeck 1942 von der Royal Air Force schwer bombardiert wurde. Heute erinnern einige weitere Gedenksteine in der Stadt an Opfer der NS-Herrschaft, wie beispielsweise die „Todesmarsch-Stele" am Burgfeld.
- 2013: Einweihung des Gedenkzeichens „Vor den Augen aller!" vor dem Hauptbahnhof am „Platz der/Deportierten/Menschenwürde"
- 2013: Eröffnung der Gedenkstätte Lübecker Märtyrer
- 2014: Eröffnung der Gedenkstätte Lutherkirche
- 2014: Ausstellung: „Verfolgt – Verurteilt – Vergessen. NS-Justiz in Lübeck"
- 2014: Auftakt des Projekts Erinnerungsort „Pöppendorfer Lager". Der Gemeinnützige Verein Kücknitz e.V. mit weiteren Unterstützern hat es sich zur Aufgabe gemacht, den historischen Ort und die spezifische Bedeutung des Pöppendorfer Lagers für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen und möchte die Geschichte des Pöppendorfer Lagers aufarbeiten und dokumentieren und in diesem Zusammenhang u.a. auch auf die damaligen logistischen und sozialen Leistungen der Hansestadt Lübeck hinweisen. Ziel ist es, die Lebensumstände im Lager aufzuzeigen. Als erster Schritt wurde an historischer Stelle am 30. November 2014 ein Schild mit einem Projekthinweis aufgestellt, um Öffentlichkeit herzustellen und weitere Hinweise aus der Bevölkerung zu erlangen. Als zweiter Schritt wurde die Finanzierung gesichert und das Projekt am 20. Juni 2015 mit der Aufstellung des Hinweisschildes „Eingang Pöppendorfer Lager" und dem Start der Internetpräsenz offiziell gestartet. Ebenfalls wurde ein Nissenhüttenstandort gezeigt. Ein dritter Schritt mit Errichtung einer oder eines Teils einer Nissenhütte als Infostätte wird geprüft und erarbeitet.
- 2015: Veranstaltungsreihe „Zerstörte Vielfalt" der Initiative Stolpersteine
- 2016: Ausstellung „Die ‚Reichspogromnacht' in Schleswig-Holstein – 9. November 1938"
- 2016: Stadtrundgang „Widerstand und

Verfolgung" im Rahmen des Projekts „Schüler führen Schüler" der Michael-Haukohl-Stiftung.

Quo vadis? – Eine Bilanz

Im Rückblick auf die Entwicklung der Gedenkkultur in der Hansestadt Lübeck lassen sich unterschiedliche Phasen erkennen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte man sich in Lübeck zunächst verhalten und zurückgenommen an die zahlreichen Toten, eine Erinnerungsarbeit im heutigen Sinne fand dabei nur sehr bedingt statt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war immerhin ein Bewusstsein für die Kräfte des Widerstands gegen die NS-Diktatur noch lebendig. Im Laufe der 60er-Jahre verblasste dieses zunehmend und erst in den 80er-Jahren ist diesbezüglich eine kulturpolitische Wende erkennbar.

Nach langen Jahrzehnten des Schweigens und Verdrängens deutscher Schuld an den kaum noch vorstellbaren Verbrechen der NS-Zeit wuchs in Lübeck allmählich ein Bewusstsein für die Verantwortung, die Opfer nicht zu vergessen und an die Folgen der Schrecken von Krieg, Gewalt und Unterdrückung lebendig zu erinnern. Seit nunmehr 25 Jahren gedenken wir in unserer Stadt inhaltsschwer und nachhaltig an die schmerzhaften Geschehnisse während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihren weitreichenden Auswirkungen.

Bemerkenswert ist dabei in neuerer Zeit die Fülle und Vielfalt der Veranstaltungen sowie die Breite der bürgerschaftlichen Beteiligung. Städtische Einrichtungen wie das Kulturbüro der Hansestadt, die Volkshochschule und die Lübecker Museen haben sich der Gedenkarbeit angenommen, Vereine und Initiativen befördern auf unterschiedlichste Art das Erinnern, ebenso die traditionelle Gesellschaft für gemeinnützige Tätigkeit. So auch die Kirchen: Die Eröffnung der Gedenkstätten in der Lutherkirche sowie in der Probsteikirche sind hier kein Zufall.

Die Angebote zur thematischen Auseinandersetzung mit explizit erinnerungspolitischen Themen werden damit sicherlich zunehmen. Und es wird spannend zu beobachten sein, wie sich die Gedenkstättenlandschaft in Lübeck zukünftig weiter entwickeln wird.

Die jüngste Initiative vor Ort arbeitet beispielsweise daran, die Gestapozellen im ehemaligen Zeughaus am Dom der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und mit einer kleinen Dauerausstellung den NS-Verfolgungsapparat in Lübeck personell und systematisch aufzuzeigen. Es geht dabei um jenen Ort, der wie kein anderer für den Anfang des Leidensweges vieler Verfolgter des NS-Regimes steht sowie für den Missbrauch polizeilicher Gewalt in postdemokratischer Zeit überhaupt und stellt sich damit auch ganz unmittelbaren und aktuellen Themen der Zeit.

Christian Rathmer ist Historiker in Lübeck. ◄

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Neue Förderung für Klassenfahrten zu Gedenkstätten deutscher Verbrechen in Polen

In Schleswig-Holstein werden seit 2014 Fahrten zu den Gedenkstätten des Landes sowie zur Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit 10.000 Euro jährlich unterstützt – per Antrag an die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. Seit dem Schuljahr 2016/17 gibt es nun eine weitere Fördermöglichkeit.

Eine Kooperation des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums mit der Bethe-Stiftung macht es jetzt möglich, auch Klassenfahrten ins heutige Polen zu den Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Belzec, Sobibor und Kulmhof zu fördern. Das im September in Kiel vorgestellte Projekt ist zunächst auf zwei Jahre angelegt. Schleswig-Holstein ist dabei das neunte Bundesland, mit dem die Essener Bethe-Stiftung einen entsprechenden Kooperationsvertrag abgeschlossen hat.

Umgesetzt wird die Förderung über das Internationale Bildungs- und Begegnungszentrum (IBB) in Dortmund. Finanziert werden Fahrten von 14- bis 25-jährigen Jugendlichen und Schüler/innen der weiterführenden Schulen (Sekundarstufen I und II) und Berufsschulen. Klassenlehrerin oder -lehrer stellen die Anträge zusammen mit der Schulleitung an das IBB. Nähere Informationen erhalten Sie bei Hans-Hermann Dube, Ministerium für Schule und Berufsausbildung, 0431-9882574, hans-hermann.dube@bimi.landsh.de sowie hier. *(H.S.)* ◄

Zur Zukunft des Cap-Arcona-Gedenkens in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein – ein Workshop in Lübeck

Stephan Linck

Wie soll es weitergehen mit dem Cap-Arcona-Gedenken an der Ostseeküste? Diese Frage stellt sich über 70 Jahre nach dem Geschehen am 3. Mai 1945 in verschiedener Hinsicht: mit Blick auf das „Verstummen der Zeitzeugen" ebenso wie auf die finanzielle Förderung der Bildungsarbeit und das Engagement vor Ort. Nicht zuletzt ist auch die Weiterentwicklung der Erinnerungsorte in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie deren Vernetzung miteinander ein wichtiges Zukunftsthema. Erste Anstöße hierzu gingen von der Regionalkonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein aus, die am 20. November 2015 in Neustadt/Holstein unter Beteiligung von Akteuren aus beiden Bundesländern stattfand.

Ein Jahr danach ging es nun am 18. November weiter mit einem Workshop in der Kirchenkreisverwaltung in Lübeck, an dem 20 Personen teilnahmen vom Grevesmühlener Bürgermeister bis zur Generalsekretärin der Amicale Internationale Neuengamme. Die Initiative hierzu ging von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern aus. Im Mittelpunkt stand diesmal die Frage der Weiterentwicklung und Vernetzung der Erinnerungsorte des Cap-Arcona-Gedenkens und zwar mit Blick auf einen länderübergreifenden Antrag auf Projektförderung gemäß der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Hier hatte eine Voranfrage bei der hierfür zuständigen Beauf-

tragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ergeben, dass länderübergreifende Anträge auf Projektförderung künftig förderfähig sind.

Die Teilnehmer/innen des Workshops verschafften sich einen Überblick über den Stand der Dinge an den einzelnen Erinnerungsorten. Die Generalsekretärin der Amicale, Christine Eckel, hob die große internationale Bedeutung der Gedenkfeiern in Neustadt hervor. Dr. Ingaburgh Klatt verwies auf die Bedeutung der Todesmärsche für die KZ-Gedenkstätte Ahrensbök, wobei diese Thematik eng verknüpft ist mit der Cap-Arcona-Tragödie. Vera Kremer aus Neustadt hob das langjährige Engagement der Kommune hervor. In Neustadt herrsche Einigkeit, zumindest die über 25 Jahre alte Dauerausstellung im stadteigenen Museum Cap Arcona neu zu entwickeln. Hierzu wurden bereits erste Vorgespräche getätigt, ein wissenschaftlicher Projektbeirat gegründet und 2017 soll eine Konzeption erstellt werden.

In Grevesmühlen gibt es einen großen Gedenkort, der in den 1950er-Jahren entstand und vor 1989 im Zentrum großer Gedenkrituale stand. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde dort ein Gedenkstein errichtet, der den „Opfern der Gewaltherrschaften" gewidmet ist. Die Stadt plant schon seit langem eine Neukonzeption, wobei nicht nur dieser Gedenkstein den Ort wechseln soll, sondern auch die alte Ehrenanlage durch erklärende Tafeln ergänzt und erweitert oder neu gestaltet werden soll.

Angedacht wurde in Lübeck, ein einheitliches Konzept für Außenausstellungen zu entwickeln, die in unterschiedlichem Umfang die zahlreichen kleinen Gedenkorte an der Küste der Lübecker Buch ergänzen könnten. Hierbei sollte jeweils die Geschichte der Cap-Arcona-Katastrophe, die Entstehung des jeweiligen lokalen Gedenkortes und damit verbunden die Rezeptionsgeschichte dargestellt werden.

Lars Prahler, Bürgermeister von Grevesmühlen, lud die Teilnehmer/innen des Lübecker Workshops für eine Fortsetzungsveranstaltung am 10. März 2017 nach Grevesmühlen ein.

Dr. Stephan Linck ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Hamburg und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. ◄

Die Cent-Aktion – ein neues Projekt von ProGedenkstätten

Karin Penno Burmeister

Unter dem Motto „Klein hinterm Komma – groß in der Wirkung" hat ProGedenkstätten ein neues Fundraisingprojekt initiiert: Mindestens ein Jahr lang soll aus dem Verbrauch von regional erzeugtem Strom im Norden ein Cent pro Kilowatt für die Gedenkstättenarbeit gespendet werden.

In Schleswig-Holstein wird ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien produziert, um damit das ganze Land zu versorgen. Seit Mai 2016 arbeiten GreenTEC in Enge-Sande (Nordfriesland) und Nordgröön Energie in Medelby (Schleswig-Flensburg) zusammen, um den Strom aus der sauberen Energiegewinnung ohne große Umwege direkt an die Verbraucher zu liefern.

Ein Extra-Cent für die Gedenkstättenarbeit

GreenTec und Nordgröön sind tief in Schleswig-Holstein verwurzelt und engagieren sich für die Region. Zum Weltfriedenstag am 1. September 2016 schrieben sie: „Gute Nachbarn sind gute Partner. Und gute Partner können gemeinsam gute Projekte verwirklichen, wie unser am heutigen Tage gestarteter ‚Sozial-Cent'. Am Weltfriedenstag zeigen Akteure aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien die regionale Verbundenheit, die sich genauso mit der Reflexion der Vergangenheit wie mit der Verantwortung für die Zukunft auseinandersetzt. Der Extra-Cent auf dem Arbeitspreis geht von Nordgröön direkt an ProGedenkstätten und wird für nachhaltige Projekte der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund verwendet, insbesondere für die Bildungsarbeit

und das Lernen aus der Geschichte - für die Zukunft."

Seit dem 1. September 2016 spenden alle Stromkunden, die den GreenTec-Strom über Nordgröön beziehen und sich an der Cent-Aktion beteiligen, ganz einfach über ihre Stromrechnung. Nach der Jahresabrechnung erhalten sie von ProGedenkstätten eine Spendenbescheinigung über den gespendeten Gesamtbetrag.

Die Cent-Aktion – ein Beitrag zur historisch-politischen Verantwortung. *Foto: ProGedenkstätten*

Wer sich an der Cent-Aktion beteiligen möchte, kann ganz unkompliziert per Internet zum Stromanbieter Nordgröön wechseln und im Tarifrechner den Tarif „GreenTec Strom – Die Cent-Aktion" auswählen.

Pioniere im Norden

Nordgröön und GreenTEC sind Pioniere einer nachhaltigen Marktentwicklung der Erneuerbaren Energien im Norden. Eine Pionierarbeit ging auch zu einem anderen Thema aus dieser Region hervor: Nahe der dänischen Grenze befindet sich eine der ältesten KZ-Gedenkstätten Deutschlands. Als nach Ende des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus in Deutschland noch weitgehend der Mantel des Schweigens über die zwölf Jahre der Hitler-Diktatur, der Gewaltherrschaft und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gedeckt wurde, kam es in Ladelund – einem der nördlichsten Standorte der über tausend großen und kleinen Konzentrationslager des ehemaligen Deutschen Reiches – zu Begegnungen mit überlebenden KZ-Häftlingen und Angehörigen der Opfer. Bereits 1950 begann die „Versöhnung über den Gräbern", aus der sich im Laufe der Jahrzehnte internationale Beziehungen entwickelt haben. Aus Angst, Bitterkeit und Hass wurden Verständigung und Freundschaft, die sich über die Generationen fortsetzen. Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist die älteste, größte und bundesweit bekannteste unter den 13 aktiven Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein, die sich der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem Lernen aus der Geschichte widmen.

Darum haben GreenTec und Nordgröön entschieden, die nachhaltige Arbeit dieser Gedenkstätte zu unterstützen. Der Erfolg wird davon abhängen, wie viele Haushalte und Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg als Stromkunden von Nordgröön bei der Cent-Aktion mitmachen.

Weitere Informationen zu diesem Projekt und zu ProGedenkstätten finden Sie unter www.progedenkstaetten-sh.de. Kontakt: Tel.: 04664-983614, kpb@gedenkstaetten-sh.de.

Karin Penno-Burmeister ist Projektleiterin von ProGedenkstätten und organisiert seit 2013 Fundraising-Projekte zugunsten der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

Verein Mahnmal Kilian schließt erste Schulkooperation

Jens Rönnau

Gegenseitige Interessensbekundungen gab es schon vor über zwei Jahren: Die Kieler Hebbelschule plante mit dem Verein Mahnmal Kilian eine Schulkooperation. Im November 2014 begannen die Gespräche zwischen Schulleitung und Vereinsvorstand. Der Verein, überwiegend ehrenamtlich betrieben, wagt sich nur allmählich an diese eigentlich selbstverständliche Aufgabe, da sie personell und fachlich auch entsprechend auszufüllen ist. So startete man gemeinsam mit dem Kieler Stadtarchiv im Frühjahr 2015 mit einem Drei-Tagesprojekt zu einem Bunkerunglück im Kieler Moltkestollen 1945. Dem folgten einige

Kunstprojekte im Rahmen der Ausstellung „Unbequeme Denkmäler", dazu gab es Gespräche zwischen Schulleitung, Vereinsvorstand, Lehrerkollegium und Elternschaft, bis schließlich Ende 2015 die Kooperation beschlossen wurde. Schriftlich besiegelt wurde sie indes erst im Herbst 2016 mit dem Start des ersten großen gemeinsamen Projekts für Schülerinnen und Schüler des 10. Schuljahres: „Flucht im Zweiten Weltkrieg – Schüler befragen Zeitzeugen".

Die Partner unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung: Daniela Manthei von der Hebbelschule und Jens Rönnau vom Verein Mahnmal Kilian.
Foto: Anja Manleitner

Hierzu holten sich die Projektpartner einen Dritten ins Boot, den Offenen Kanal Kiel, denn es sollten filmische Portraits mit den Berichten von Zeitzeugen erstellt werden. Finanzielle Unterstützung kam aus Mitteln des Landesprojektes „Schule trifft Kultur – Kultur trifft Schule", vom Alumniverein ehemaliger Hebbelschüler und von der Brunswiker Stiftung.

Der Anspruch war relativ hoch gesetzt, denn in der stets knappen Zeit, die Schülern und Lehrern neben den üblichen Unterrichtsanforderungen zur Verfügung steht, sollte nicht nur an das Thema herangeführt, sondern zudem Kamera- und Schnitttechnik mit anspruchsvollem Equipment erlernt werden. Erstes Modul war ein Projekttag im Flandernbunker, der allgemein ins Thema Zweiter Weltkrieg, Nationalsozialismus, Verfolgung und Flucht einführte. An diesem Tag wurden die Schülerinnen und Schüler auch Zeugen der Vertragsunterzeichnung. Weitere Module erfolgten im Schulunterricht im Rahmen der Fächer Geschichte, Deutsch, Religion und Kunst zu historischen und ethischen Themen sowie speziell zur Problematik des Umgangs mit Zeitzeugen, wobei sich neben der Schulleiterin Annegret Wilms vor allem die Lehrerinnen Daniela Manthei und Britta Stinn um das Projekt kümmerten.

Dem folgte wiederum ein Tag im Flandernbunker: Diesmal ging es um die Auseinandersetzung mit historischem Bildmaterial und den Versuch, sich dazu in kleinen Gruppen die Geschichte vorzustellen. Dann erschienen drei Zeitzeugen, die von ihren Fluchterfahrungen aus den Ostgebieten berichteten. Obwohl sie besonders harte Berichte vor den Schülern vermieden, war auch Vergewaltigung ein Thema sowie das Reflektieren, warum es dazu kam. Aber lieber wurde vom kindlichen Erleben der alten Heimat erzählt wie auch vom Ankommen in der neuen mit all den damaligen Erschwernissen. Eine Zeitzeugin brachte etwa handgeschriebene Schulzeugnisse von 1946 mit. Schließlich hatten die Zehntklässler Gelegenheit, die gehörten Geschichten in eigenen Zeichnungen und Texten zu verarbeiten. Über ein weiteres Projekt, welches das Fluchtthema vergleichend aus der gegenwärtigen Situation heraus angeht, wird derzeit mit der Schule nachgedacht.

Erinnerungsarbeit im Flandernbunker: Schüler/innen der Hebbelschule mit Zeitzeugen.
Foto: Dr. Jens Rönnau

Es folgten vier Projekttage beim Offenen Kanal Kiel und in der Schule, um den Umgang

mit Kamera, Beleuchtung und Schnitttechnik zu erlernen, bevor es an die Filmaufnahmen mit Zeitzeugen gehen konnte. Diese hatten sich durch Zeitungsaufrufe über die *Kieler Nachrichten* und den *Kieler Express* gemeldet und wurden entweder jeweils mit einem Betreuer zu Hause besucht oder in die Schule eingeladen. Nach den teils mehrstündigen Gesprächen ging es an die schwere Aufgabe, die Berichte auf fünf bis zehn Minuten zusammenzuschneiden, damit sie im Rahmen der damit geplanten Ausstellung rezipierbar werden. Auch die Ausstellung wurde gemeinsam mit den Schülern geplant und aufgebaut.

Die fünfzehn- bis sechzehnjährigen Schülerinnen und Schüler meisterten ihre Aufgaben, obwohl ihnen im Schulalltag eigentlich viel zu wenig Zeit dafür blieb. Auffällig war ihr hervorragender und einfühlsamer Umgang mit den Zeitzeugen. Auch am Eröffnungstag, dem 15. Dezember, brachten sie sich ein: von Vorbereitungen für das Catering über Gesprächsmoderation und inhaltliche Einführungen für die Besucher. Die Eröffnung begann in der Hebbelschule mit Live-Gesprächen und einer Videobotschaft der Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst. Danach folgte die Eröffnung der Ausstellung im Flandernbunker mit Einführungen der Schüler und einem persönlichen Grußwort der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk. Zwei Tage später strahlte der Offene Kanal eine Live-Sendung aus. Die Ausstellung kann bis zum 23. April im Flandernbunker besichtigt werden. Am Ende des Projektes wird jeder Schüler rund zwei Wochen mit diesem Thema und der Spurensuche dazu befasst gewesen sein.

Dr. Jens Rönnau ist Vorsitzender des Kieler Vereins Mahnmal Kilian. ◄

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Die Herbstmonate 2016 waren eine sehr aktive Zeit für die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) mit unterschiedlichen Veranstaltungen in kurzer Folge:

- Exkursion nach Frøslev/Dänemark
- Kooperationsveranstaltung mit dem Archäologischen Landesamt
- Workshop im Akademiezentrum Sankelmark am 4./5. November
- und schließlich die große Veranstaltung mit den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien im Landeshaus Kiel am 14. November.

Exkursion nach Frøslev *und Harrislee*

Den Auftakt bildete am 17. September eine Exkursion zum Museum Frøslev, einer Dependance des dänischen Nationalmuseums. Es hatten sich erfreulicherweise 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für diese Ganztagsfahrt gemeldet. Da die meisten von ihnen aus dem südlichen Teil Schleswig-Holsteins kamen, wurde neben Kiel auch noch Neumünster als Abfahrtsort des Reisebusses angeboten.

Die erste Station der Exkursion war Flensburg. Dort empfing uns Ludwig Hecker von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), der uns die lange Entstehungsgeschichte des „Deserteursdenkmals" anschaulich erläuterte. Das Marmorrelief des Künstlers Miloudi Assila, das einen Soldaten mit zerbrochenem Gewehr zeigt, steht nicht an einem historischen Platz, sondern wurde erst 2014 in Sichtweite des Flensburger Rathauses aufgestellt und offiziell eingeweiht, nachdem es 18 Jahre lang in einem Hinterhof gelagert worden war.

In Flensburg gibt es eine Vielzahl von Erinnerungsorten, die in unserem Tagesprogramm zu besichtigen leider nicht möglich war. Es gibt aber eine umfassende Broschüre auf Deutsch und Dänisch über die einzelnen Orte, die vom VVN-BdA in Kooperation mit der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte und mit Unterstützung vom Sydslesvigsk Oplysningsforbund erschienen ist (zu beziehen über Ludwig Hecker).

Der nächste Haltepunkt war das Mahnmal Harrislee-Bahnhof. Von dort waren dänische Häftlinge in Viehwaggons in deutsche Konzentrationslager deportiert worden. Eine 1994 gegründete deutsch-dänische Arbeitsgruppe, deren Sprecherin Anke Spoorendonk ist, derzeitige schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, hat diese authentische Stätte zu einem Erinnerungsort gemacht. Die Gestaltung des Mahnmals, das 1998 anlässlich des Jahrestages der ersten Deportation errichtet wurde, ist aus einem Schülerwettbewerb hervorgegangen. Die Patenschaft für das Mahnmal haben eine deutsche und eine dänische Schule und die Gemeinde Harrislee übernommen. Über die Geschichte des Ortes und die pädagogische Arbeit informierten uns Bürgervorsteher Karl-Hermann Rathje und Thomas Pantleon, VHS-Leiter in Harrislee und Vertreter des Arbeitskreises.

Frøslev liegt unmittelbar hinter der deutsch-dänischen Grenze. Dort hatte im August 1944 die NS-Besatzungsmacht das „Polizeigefangenenlager Fröslee" eingerichtet. Es diente zur Inhaftierung dänischer Gefangener von Gestapo und SS – hauptsächlich handelte es sich um dänische Widerstandskämpfer. Gegen Kriegsende waren ungefähr 5.500 Häftlinge in dem nur für 1.500 Personen gedachten Lager eingesperrt, die Zwangsarbeit verrichten mussten. Das Lager war gebaut worden, um

auf Betreiben der Dänen Deportationen ihrer Landsleute in deutsche Konzentrationslager zu vermeiden. Dennoch wurden etwa 1.600 der insgesamt circa 10.000 Insassen in Konzentrationslager nach Deutschland deportiert, überwiegend nach Neuengamme. 220 von ihnen wurden ermordet.

Blick auf das Museum mit dem ehemaligen Lagergelände. *Fotos: Dr. Harald Schmid*

Das heutige Museum stellt die Geschichte des Lagers im Hauptwachturm und in zwei früheren Gefangenenbaracken aus. Die meisten Baracken und der Wachturm sind noch erhalten und werden konserviert. Die Geschichte des Lagers wurde uns durch eine kompetente Museumsmitarbeiterin vermittelt. Teil des Museums ist auch eine Ausstellung zum „Faarhuslager", die die unmittelbare Nachkriegsgeschichte in einer weiteren Baracke auf dem Lagergelände dokumentiert. Es handelt sich um dasselbe Lager, das allerdings im Mai 1945 nach einem benachbarten Dorf umbenannt worden war. Hier waren die direkt nach Kriegsende in Dänemark verhafteten dänischen Kollaborateure zusammen mit Angehörigen der deutschen Minderheit interniert. Zeitweilig befanden sich mehr als 5.500 Gefangene im Lager, die letzten Insassen wurden im Oktober 1949 entlassen. Dieser Teil der Geschichte wird nur auf Dänisch dargestellt, deutsche Übersetzungen sind als Broschüren zugänglich.

Teilnehmer/innen der Exkursion bei der Führung durch das Museum.

Mich persönlich hat überrascht, wie aggressiv noch lange nach dem Krieg der Ton der deutschen Minderheit, die keinen Hehl aus ihrer ungebrochenen nationalsozialistischen Überzeugung machte, gegenüber den Dänen war. Es wäre sehr spannend, an diesem Ort eine Dokumentation zum Wandel im Verhältnis der deutschen und dänischen Minderheiten vorfinden zu können!

Informationen zum Denkmalschutz

Eine höchst informative Veranstaltung zum Denkmalschutz verdanken wir Dr. Ulf Ickerodt, Leiter des Archäologischen Landesamts Schleswig-Holstein. Er hatte die LAGSH auf Veränderungen im Denkmalschutzgesetz hingewiesen und angeboten, dazu eine Informationsveranstaltung durchzuführen. Diese fand am 13. Oktober in den schönen Räumen des Landesamtes in Schleswig statt. Die über 20 Teilnehmer/innen erhielten durch Dr. Ickerodt einen Überblick über die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen, die Formulierung von Schutzzielen, den Schutz durch Listeneintrag und erfuhren, welche Bedeutung die „Trägerschaft öffentliche Belange" hat. Dr. Eicke Siegloff zeigte an Beispielen die Möglichkeiten geophysikalischer Untersuchungen auf. Von besonderem Belang für Gedenkorte mit Bodenfunden sind die rechtlichen Bestimmungen für Detektorarchäologie, da auf den Flächen ehemaliger Lagergelände häufig sogenannte Sondengänger anzutreffen sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Einführung in das Projekt Kultur-Landschaft-Digital („KuLaDig"), das vom Landschaftsverband Rheinland-Pfalz entwickelt und vom

Land Hessen übernommen worden ist. Auch die Archäologen in Schleswig-Holstein möchten daran mitarbeiten, da es in unserem Land über 60.000 archäologische Fundstellen gibt. Für Gedenkstätten wäre die Aufnahme in eine zu entwickelnde App für Schleswig-Holstein von großem Interesse.

Workshop zur Methodenkompetenz

Schwerpunkt der LAGSH-Veranstaltungen war die diesjährige Fortbildung am 4./5. November im Akademiezentrum Sankelmark. Eine Umfrage unter den Mitgliedern der LAGSH hatte eine eindeutige Präferenz für eine Qualifizierung im Bereich der Vermittlungsarbeit ergeben. Als besondere Herausforderung wurde die Arbeit mit Gruppen genannt, die nur äußerst geringe Vorkenntnisse haben und dabei mehr oder minder deutlich vorurteilsbeladen sind. Zunehmend an Bedeutung gewinnen für Mitarbeiter von Gedenkstätten die Fragen: Wie sollen sie sich auf den Umgang mit Menschen einstellen, die infolge Flucht und Krieg durch eigene traumatische Erfahrungen belastet sind? Welche spezifischen Anforderungen ergeben sich in der Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen aus nicht-deutschen Herkunftsfamilien?

Das Programm zu „zielgruppenspezifischen Vermittlungskonzepten" trug den Wünschen der LAGSH-Mitglieder Rechnung und setzte Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit mit Schulklassen und besonderen, durch Flucht und Migration gekennzeichneten Besuchergruppen, sowie in der Arbeit mit Angehörigen und spezifischen Berufsgruppen. Dr. Elke Gryglewski vom Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin stellte Möglichkeiten für die nachhaltige Zusammenarbeit mit Schulen vor und erprobte mit den Seminarteilnehmern einige Beispiele für einen motivierenden Einstieg, der beim Besuch von unterschiedlichen Gruppen Gesprächsanlässe eröffnet. Elke Gryglewski berichtete engagiert von der besonderen Situation in Berlin und ihren Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen aus arabischen Ländern.

Wie eine dauerhafte Verankerung von Gedenkstätten als externe Lernorte in Schulprogrammen gelingen kann, zeigte Indre Schmalfeld vom Gymnasium Kaltenkirchen. Dort besucht der gesamte 9. Jahrgang jedes Jahr die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Das besondere daran ist, dass sie dabei von Schülern des Abiturjahrganges geführt werden, die selber vorher als Neuntklässler die Gedenkstätte besucht hatten. Die Abiturienten entwickeln selbständig neue Projektideen für die Führung der jüngeren Schüler. Darüberhinaus nimmt die Schule an dem bundesweiten Wettbewerb „Denkmal aktiv" teil.

Über die Arbeit mit Angehörigen – sowohl von NS-Verfolgten als auch aus Familien mit Tätern – informierte Dr. Oliver von Wrochem von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Er gab einen Überblick über methodische Zugänge in der Arbeit mit Teilnehmern aus spezifischen Berufsgruppen wie Polizei und Verwaltung.

Neugierig machte der Einblick in die Entwicklung eines multi-medialen Guides für die Erkundung des Geländes der Gedenkstätte Bergen-Belsen, den Christian Wolpers von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten vorstellte. Da die LAGSH für 2017 eine Exkursion nach Bergen-Belsen plant, wird es sicherlich auf besonderes Interesse stoßen, ein derartiges Gerät im Gelände zu erproben und die Möglichkeit der Übertragbarkeit auf andere Orte zu diskutieren.

Obwohl weitere Themen - wie zum Beispiel der Tagungsbericht über die Verflechtung von Kolonialismus und NS - nur gestreift werden konnten, äußerten alle der über 20 Teilnehmer/innen ihre Zufriedenheit mit dem vielfältigen Tagungsangebot und sahen einen Gewinn in dem Austausch untereinander.

„Wie weiter mit den Gedenkstätten?" Podiumsdiskussion mit Landespolitikern im Landeshaus Kiel

Wie können wir das Erreichte bewahren und wie müssen Gedenkstätten ausgestattet sein, um professionell arbeiten zu können? Dies ist

eine Frage, die die Akteure von Gedenkstätten und Erinnerungsorten besonders im Hinblick auf die nächste Landtagswahl im Mai 2017 umtreibt. Die LAGSH hatte dazu in Zusammenarbeit mit der regionalen Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie und dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien zu einer Veranstaltung am 14. November in das Landeshaus Kiel eingeladen. Insbesondere viele Bürgerinnen und Bürger, die sich in ganz Schleswig-Holstein seit Jahren ehrenamtlich in der Gedenkstättenarbeit engagieren, waren der Einladung gefolgt: Mit über hundert Teilnehmern war der repräsentative Plenumssaal des Kieler Landtags gut gefüllt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Carsten Kock vom Radio Schleswig-Holstein.

In ihrem Grußwort betonte Ministerin Anke Spoorendonk die Erfolge der amtierenden Landesregierung: In ihrer Amtszeit stiegen die Landesmittel für Gedenkstättenförderung von 40.000 Euro im Jahr 2011 auf insgesamt 300.000 Euro im Jahr 2017. Davon konnten bei der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle (besetzt seit 2012 mit Dr. Harald Schmid) und seit 2016 eine halbe Stelle einer Kulturmanagerin (bekleidet von Katharina Perrey-Holldorf) geschaffen werden. Darüber hinaus wurden Bauvorhaben wie in Husum-Schwesing und in Kaltenkirchen vom Land unterstützt. Zudem beteiligt sich das Land in Ladelund an den Kosten des mehrjährigen Projektes einer neuen Dauerausstellung und der Neugestaltung des Außengeländes der dortigen KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte, das – erstmalig in Schleswig-Holstein – mit Bundesmitteln gefördert wird.

Die LAGSH würdigte das besondere Engagement von Ministerin Spoorendonk und appellierte an die Landespolitik, die gesellschaftliche Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus weiterhin zu fördern. Eine Kürzung der Mittel für die Gedenkstätten sei nicht zu akzeptieren. Darin waren sich im Prinzip alle Vertreterinnen und Vertreter der Parteien – Beate Raudies (SPD), Marlies Fritzen (GRÜNE), Lars Harms (SSW), Peter Sönnichsen (CDU), Anita Klahn (FDP) (die PIRATEN waren verhindert) – einig. Weitere Forderungen nach institutioneller Förderung der dezentralen Gedenkstätten, nach einem Ausbau der Servicestelle und der Gewährung von je zehn Lehrerstunden für die Bildungsarbeit der aktiven Einrichtungen wurden von der LAGSH vorgebracht und von Diskussionsteilnehmern im Saal mit anschaulichen Beispielen aus der Praxis bekräftigt. Vor allem die Problematik der fehlenden Hauptamtlichkeit führte zu der Frage nach der Trägerschaft, die für jede Gedenkstätte unterschiedlich geregelt ist und die von privatrechtlichen Trägervereinen über Kommunen und Kreise bis hin zu Kirchen reicht. Für eine dauerhafte und professionelle Arbeit vor Ort ist die Absicherung des ehrenamtlichen Engagements durch hauptamtliche Mitarbeiter unerlässlich. Die erfolgreich arbeitenden Einrichtungen sind inzwischen zu groß geworden als dass sie dem Zufall der sich jeweils engagierenden Vereinsmitglieder überlassen werden könnten. Die Vorsitzende der LAGSH, Uta Körby, regte einen regelmäßigen Austausch mit Landespolitikern an, um gemeinsam Wege zu finden, die eine erfolgreiche Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes ermöglichen.

Eine weitere Veranstaltung mit Landespolitikern wird für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl geplant. Dazu sollen von den einzelnen Gedenkstätten konkrete Konzepte vorgelegt werden, die die Forderungen nach weiterer institutioneller Förderung untermauern.

Uta Körby ist Vorsitzende des Sprecherrats der LAGSH und Beisitzerin im Vorstand der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. ◄

Erfolg der Stolperstein-AG in Barmstedt: Verlegung von Grabsteinen für Kinder von Zwangsarbeiterinnen

Uta Körby

Im Zweiten Weltkrieg gab es in Barmstedt rund 500 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Die meisten kamen aus Polen oder der Sowjetunion. Diejenigen, die die unmenschlichen Arbeitsbedingungen nicht überlebt haben, waren auf dem Friedhof in Barmstedt bestattet worden. Doch die Grabsteine der Verstorbenen sind in den 90er-Jahren einfach abgeräumt worden. Über ihren Verbleib ist nichts bekannt. Seit vielen Jahren bemüht sich die Arbeitsgruppe Stolpersteine in Barmstedt, das Andenken an die Verstorbenen wach zu halten und damit an die Geschichte der Zwangsarbeit unter der NS-Herrschaft zu erinnern.

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Kirche und zähem Schriftverkehr mit Behörden auf kommunaler und auf Landesebene war es der AG Stolpersteine gelungen, 2014 eine Gedenktafel auf dem Gräberfeld der Zwangsarbeiterinnen auf dem Friedhof in Barmstedt zu errichten. Am 13. Oktober 2016 konnten jetzt endlich in einer feierlichen Zeremonie zwölf Grabsteine für die verstorbenen Kinder von Zwangsarbeiter/innen verlegt werden. Manche von ihnen waren nur wenige Tage oder Monate alt gewesen.

Lucian Bucke und Helmut Welk von der Stolperstein-AG sprachen bei der Einwehungszeremonie über das System der Zwangsarbeit in der NS-Zeit und riefen die vielen Hindernisse ins Gedächtnis, die dem Gedenken der Opfer im Wege standen. Der Bürgervorsteher Christian Kahns würdigte das beharrliche Bemühen der Stolperstein-AG, Pastor Raphael Steenbuck von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Barmstedt hielt die Andacht. Zu Grußworten eingeladen worden waren Jürgen Brüggemann für die VVN-BdA und Uta Körby für die LAGSH. Letztere verlas auch ein Grußwort von Dr. Ulf Ickerodt vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein, das durch die Expertise von Mitarbeitern dazu beigetragen hatte, dass die Genehmigung für die Verlegung der Grabsteine schließlich erteilt wurde.

Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule und des Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasiums in Barmstedt legten Blumen auf den Grabplatten nieder. Sie hatten durch Sammeln von Pfandflaschen wesentlichen Anteil daran, dass das Geld für die Grabsteine und den Steinmetz zusammenkam. Damit fand die Feierstunde einen würdigen Abschluss. ◄

Vizekanzler Gabriel zu Besuch auf der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Uta Körby

Überraschender Besuch in Springhirsch: SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel nahm am 18. Juni an einem internen SPD-Workshop in Kaltenkirchen teil und nutzte die Gelegenheit, der nahe gelegenen Gedenkstätte an der Bundesstraße 4 zusammen mit weiteren Mitgliedern des SPD-Vorstandes einen Besuch abzustatten. Anschließend fuhr er weiter nach Kiel, um dort die „Kieler Woche" zu eröffnen.

An der Drehsäule auf dem ehemaligen Appellplatz legte Sigmar Gabriel einen Kranz mit der Aufschrift „Den Opfern der NS-Gewaltherrschaft – Der SPD-Vorsitzende" nieder. Es war ihm, wie er sagte, ein Bedürfnis, nicht zu einem SPD-Workshop in Kaltenkirchen zu weilen, ohne den NS-Opfern angemessen Rechnung zu tragen.

Empfangen wurden sie von mehreren Vorstandsmitgliedern des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Hans Joachim Wolfram, der stellvertretende Vorsitzende, begrüßte die Gäste, unter ihnen Dr. Katarina Barley (Generalsekretärin der SPD), Hubertus Heil (stellvertretender Vorsitzender der SPD) und Prof. Dr. Bert Rürup.

Anschließend wurden die Besucher und Pressevertreter auf einem Rundgang über das Gelände des ehemaligen „KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen" geführt. Uta Körby, ehemalige Vorsitzende des Trägervereins in der Nachfolge von Dr. h.c. Gerhard Hoch, erläuterte die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte vom Ende der 90er-Jahre bis in die Gegenwart. Hierbei betonte sie das bürgerschaftliche Engagement und die vorbildliche Zusammenarbeit mit Schulen und Studierenden der Kieler Universität, die am historischen Ort eine Einrichtung geschaffen haben, die heute viel Anerkennung in Politik und Gesellschaft findet.

Uta Körby erläutert Sigmar Gabriel und seinen Begleitern die Geschichte des Ortes und der Gedenkstätte. *Foto: Thomas Saretzki*

Das Interesse der Besucher an der beispielhaften Arbeit einer der dezentralen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein resultierte auch aus den Bezügen, die sie zu dem schwierigen Umgang mit ehemaligen Lagern aus der NS-Zeit in ihrer eigenen Heimatregion herstellten. Dabei ging es um die gesellschaftlichen Widerstände und die Bedeutung, die der Aufklärungsarbeit über den Weg in die NS-Diktatur zukommt. Die Vorstandsmitglieder des Trägervereins, Indre Schmalfeld vom Gymnasium Kaltenkirchen und Hans Werner Berens, früherer Hauptschullehrer und derzeit mit sechs Lehrerwochenstunden abgeordnet für die Zusammenarbeit mit Schulen, stellten ihre pädagogische Arbeit vor.

Es kam zu einer lebhaften Diskussion über die zukünftige Bedeutung und Formen von Gedenkstättenarbeit in einer Gesellschaft, die von Migration gekennzeichnet ist und die sich heute vor andere Probleme gestellt sieht als in der Aufbauzeit von Gedenkstätten. Dabei kam zwangsläufig auch das Thema der finanziellen Unterstützung der überwiegend ehrenamtlich geleisteten Arbeit zur Sprache. Uta Körby, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), verwies auf die mangelnde institutionelle Grundsicherung von Einrichtungen wie in Kaltenkirchen. Grundsätzlich ist dies eine Aufgabe der Landespolitik. Nur die großen Gedenkstätten von überregionaler Bedeutung werden institutionell vom Bund abgesichert. Sigmar Gabriel nannte diverse Wege, Sponsoren für Projekte zu gewinnen. Vieles davon ist in Kaltenkirchen bereits gängige Praxis.

Ohne Frage ist der Besuch des Vizekanzlers und von Mitgliedern des Bundesvorstandes der SPD nicht nur eine Würdigung der Leistung des Trägervereins, sondern wird auch dazu beitragen, in Zukunft noch mehr Gehör auf Landesebene zu finden und weitere Unterstützer in Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen.

Die Bedeutung, die der Gedenkstättenarbeit auch in Zukunft für die Gesellschaft beigemessen wird, dokumentierte sich auch darin, dass Sigmar Gabriel und die anderen Mitglieder des SPD-Vorstandes sich viel Zeit für den Besuch nahmen: Aus der angekündigten einen Stunde wurden durch das intensive Gespräch schnell über zwei Stunden. Der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und die LAGSH wünschen sich weiterhin ein solch großes Interesse aus der Politik! ◄

Die „Zeit des Erinnerns" in der Gedenkstätte Lutherkirche Lübeck

Karen Meyer-Rebentisch

Im Herbst 2016 fanden im Rahmen der Reihe „Zeit des Erinnerns" wieder etliche Veranstaltungen verschiedener Lübecker Institutionen und Vereine zur Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Folgen bis heute statt. Zum

ersten Mal seit vielen Jahren hat die Stadt Lübeck wieder die Ankündigung des Programms in einer Broschüre übernommen, die von dem Lübecker Historiker Christian Rathmer sehr informativ gestaltet wurde. Es wäre wünschenswert, dass diese gelungene Kooperation zu einer dauerhaften Einrichtung in Lübeck wird.

Pastorin Constanze Oldendorf von der Lutherkirche und Jochen Proske vom Erzbistum Hamburg bei der Einweihung der neuen Krypta in der Herz-Jesu-Kirche zu Lübeck *Foto: Marco Heinen*

Die Gedenkstätte Lutherkirche beteiligte sich mit verschiedenen Angeboten an dem Programm. Neben der Dauerausstellung zu den vier Lübecker Märtyrern zeigte die Gedenkstätte vom 28. Oktober bis 16. November eine Wanderausstellung der Nordkirche. Unter dem Titel „Ertragen können wir sie nicht" beschäftigt sie sich mit dem Verhältnis Martin Luthers zum Judentum. Der große theologische Denker und Reformator der Kirche, dessen Thesenanschlag vor 500 Jahren nun mit dem „Lutherjahr" gefeiert wird, hielt den jüdischen Glauben für verblendet und die Juden für die größten Feinde des Christentums. Die Ausstellung geht der Frage nach, ob Luther damit einfach „Kind seiner Zeit" gewesen ist oder ob sein Denken Grundprobleme der reformatorischen Theologie aufzeigt. Den Nationalsozialisten, die Luther als einen großen Deutschen verehrten, kamen seine antisemitischen Ansichten gerade recht. Zur Eröffnung der Ausstellung zeichnete die Kuratorin Hanna Lehming vom Referat für Christlich-Jüdischen Dialog der Nordkirche in einem Vortrag das Leben Luthers nach.

Die Ausstellung in der Gedenkstätte Lutherkirche wurde von rund 350 Menschen besucht, darunter waren Gruppen aus Lübecker Gemeinden ebenso wie Schulklassen.

Im November war in der Lübecker Marienkirche eine weitere Wanderausstellung zu sehen, die sich unter dem Titel „Neue Anfänge nach 1945?" mit dem Neubeginn nach und Umgang mit dem Nationalsozialismus in den ehemaligen Landkirchen Nordelbiens befasst. Für jeden Ausstellungsort wurde zudem ein „Lokales Fenster" erarbeitet. Hier war die Gedenkstätte Lutherkirche in Kooperation mit dem Kirchenkreis und der Mariengemeinde bei der Beleuchtung der Vorgänge vor Ort tätig. Zu einem Gastvortrag über die Neuanfänge in Lübeck kam Historiker Dr. Stephan Linck in die Lutherkirche. Diese war nach dem Krieg Wirkungsort des aus Danzig geflüchteten Oberkonsistorialrates Gerhard Gülzow gewesen, der das kirchliche Leben in Lübeck nach dem Krieg stark geprägt hatte. Vor mehr als 40 Zuhörern erklärte Linck, wie es dazu kam, dass sich die Lübecker Landeskirche nach dem Krieg vergleichsweise radikal entnazifiziert hatte und wo sie dennoch dem nationalprotestantischen Denken verhaftet blieb.

Das alljährliche wiederkehrende Gedenken an die Hinrichtung der vier Lübecker Märtyrer am 10. November 1943 wurde mit zwei Kranzniederlegungen in Lübeck begangen. Vor der traditionellen katholischen Messe zur Todesstunde wurde in der Herz-Jesu-Kirche die neu gestaltete Krypta eingeweiht und die Urne des hingerichteten Hermann Lange an ihrem neuen Ort beigesetzt. Den Abschluss des diesjährigen Märtyrergedenkens bildete der evangelische Gottesdienst in der Lutherkirche am 13. November.

Dr. Karen Meyer-Rebentisch ist Projektleiterin an der Gedenkstätte Lutherkirche in Lübeck.

◄

10.000 Besucherinnen und Besucher in der Gedenkstätte Lübecker Märtyrer

Die Gedenkstätte für die Lübecker Märtyrer ist die am meisten frequentierte Gedenkstätte zur Erinnerung an den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Nach Angaben der Gedenkstätte besuchen durchschnittlich 10.000 Gäste jährlich den schmalen Anbau neben der Propsteikirche Herz Jesu auf der Lübecker Parade. Die Gedenkstätte Lübecker Märtyrer ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V.

In der Gedenkstätte werden im Rahmen einer modernen Ausstellung Leben, Wirken und Vermächtnis der drei katholischen Kapläne Johannes Prassek, Hermann Lange und Eduard Müller sowie des evangelisch-lutherischen Pastors Karl Friedrich Stellbrink dokumentiert. Die Krypta der Propsteikirche ist Teil der Gedenkstätte und Ort der Verehrung der Lübecker Märtyrer.

Die vier Geistlichen wurden am 10. November 1943 im Hamburger Gefängnis am Holstenglacis mit dem Fallbeil hingerichtet. Gemeinsam haben sie sich mutig und in ökumenischem Geist gegen das nationalsozialistische Regime gewandt. Am 25. Juni 2011 wurden die drei katholischen Kapläne in Lübeck selig gesprochen, an den evangelisch-lutherischen Pastor wurde ehrend gedacht. In Lübeck erinnert auch die Gedenkstätte Lutherkirche an die vier widerständigen Geistlichen. *(Erzbistum Hamburg/H.S.)* ◄

Jugendliche aus Polen und Lettland in der Gedenkstätte Ahrensbök – alle wollen wiederkommen

Ingaburgh Klatt

Sommerlager mit polnischen SchülerInnen

Am abendlichen Lagerfeuer erklingen polnische Lieder, begleitet auf der Gitarre. Acht Schülerinnen und sieben Schüler aus dem Gymnasium der polnischen Partnergemeinde Ahrensböks, aus Grzmiaca in Pommern, sind vom 17. bis 23. Juli 2016 im Sommerlager in der Gedenkstätte. Für eine Woche wollen sie Land und Leute, aber auch NS-Geschichte erfahren.

„Nach welchen Kriterien habt Ihr die Jugendlichen ausgesucht?", frage ich Tomasz Wojcik, den die Gruppe begleitenden Deutschlehrer. „Sie sollten sich für Geschichte interessieren, Deutsch wenigstens etwas sprechen und nett sein", lächelt er verschmitzt.

Sie hausen in Zelten, nur die Betreuer schlafen in der Gedenkstätte, gegessen wird im Küchenzelt. Zum Glück lässt uns das Wetter nicht im Stich.

Sommer 2016 in der Gedenkstätte Ahrensbök.
Foto: Peter von Geisau

Die 15- bis 16-Jährigen hören aufmerksam zu bei den Führungen durch die Gedenkstätte, sie lauschen mucksmäuschenstill dem Bericht der Zeitzeugin Marianne Wilke, von Tomek präzise übersetzt, stellen Fragen. Aufmerksam lauscht auch der begleitende Geschichtslehrer

Janusz. Marianne, Tochter eines jüdischen Hamburgers, erzählt von der langsamen Ausgrenzung eines Kindes in der NS-Zeit. Alle sind bewegt, auch wir Ehrenamtlichen, die ihre Geschichte bereits kennen. Aber diesmal ist es besonders.

Neben den ernsten Themen kommt auch die fröhliche Seite nicht zu kurz: Ein Besuch im Hansapark ist obligatorisch. Und in Lübeck wird nicht nur die Ausstellung zu den vier Lübecker Märtyrern besucht, es bleibt auch noch Zeit zum Bummeln. Ein Nachmittag ist dem Zeichnen in der Natur gewidmet, angeleitet von Ulrike Plötz, die „urban sketching" in Eutin unterrichtet.

Beim Abschiedsfest am Lagerfeuer singen oder summen auch die Ehrenamtlichen der Gedenkstätte mit, die Atmosphäre ist entspannt, aber auch ein bisschen traurig, weil der Abschied naht. Alle möchten wiederkommen!

Junge lettische Christen als Gartenhelfer

Vom 27. Juli bis zum 6. August waren in Curau 18 lettische Jugendliche zu Gast. Sie kamen aus einem lettischen Partnerkreis des Kirchenkreises Ostholstein, organisiert durch das Jugendpfarramt Ostholstein. Neben fröhlichen Aktionen sollte auch gemeinnützige Arbeit im Mittelpunkt des Aufenthaltes stehen. Da bot sich die Gedenkstätte Ahrensbök an, dort ist immer etwas zu tun.

Nach einer englischen Einführung in die Themen der Gedenkstätte wurden drei Tage lang tapfer Rasengittersteine und ein Fundament zum Aufbau von zwei hölzernen Gartenhäusern gelegt (es mangelt schon lange an Unterstellmöglichkeiten). Von Haribo-Mäusen etwas gedopt, ging die Arbeit gut voran.

Aber dann spielte das Wetter nicht mehr mit. Die Hütten müssen wir nun selbst aufbauen. Dennoch war die fröhliche Arbeit ein Riesengewinn für die Gedenkstätte – in jeder Hinsicht!

Dr. Ingaburgh Klatt ist Vorsitzende des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V. ◄

Wissenschaftspreis der Bürgerstiftung für die Historikerin Claudia Kuhn

„Ermittlungen eingestellt. Schleswig-holsteinische Schlussstrichpraxis in NS-Verfahren der 1960er Jahre" – für diese geschichtswissenschaftliche Untersuchung hat die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) ihren diesjährigen Wissenschaftspreis an die Historikerin Claudia Kuhn verliehen. Die feierliche Übergabe des Preises fand am 21. November im Nordkolleg Rendsburg im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung statt.

Ministerin Anke Spoorendonk bei der Übergabe der Urkunde an Claudia Kuhn. *Foto: Dr. Harald Schmid*

Der Wissenschaftliche Beirat der BGSH, der für die Auswahl einer/s Preisträgers/in zuständig ist, wählte die Studie von Claudia Kuhn unter allen eingegangenen Bewerbungen aus, ihre Masterarbeit im Fach Geschichte, die sie im Februar dieses Jahres in der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel einreichte.

Im Rahmen der Preisverleihung würdigten Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet (Vorstandsvorsitzender der BGSH), Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der BGSH) und Kulturministerin Anke Spoorendonk die Arbeit der Preisträgerin. In ihrer Funktion als Vorsitzende des Stiftungsrats der BGSH übergab Ministerin

Spoorendonk die Preisurkunde, ein Buchgeschenk und einen Blumenstrauß an Claudia Kuhn. Anschließend stellte die Historikerin den Ansatz und wesentliche Ergebnisse ihrer Untersuchung in einem Kurzvortrag vor.

Die BGSH vergibt den mit 2.000 Euro dotierten Wissenschaftspreis alle zwei Jahre. Damit werden herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein und der Erinnerung an diese Zeit beschäftigen. Der Preis würdigt Beiträge vor allem jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich beispielsweise in Examensarbeiten, Dissertationen oder in regionalen Publikationen mit diesem Thema befasst haben. *(H.S.)* ◄

Kreis Segeberg ehrt Vorstandsmitglieder der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

„Herausragendes ehrenamtliches Engagement" – mit dieser Begründung ehrte der Kreis Segeberg am 30. Juni 2016 drei prägende Mitglieder des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch: den Vereinsvorsitzenden Uwe Czerwonka, seinen Stellvertreter Hans-Joachim Wolfram und die langjährige frühere Vorsitzende Uta Körby. Sie wurden für ihre Arbeit in die Bügerrolle des Kreises Segeberg aufgenommen. Damit zeichnet der Kreis jedes Jahr Bürgerinnen und Bürger aus, die sich in verschiedenen Bereichen durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit verdient gemacht haben.

Die Ehrung fand anlässlich einer Sitzung des Kreistages in Bad Segeberg statt. In seiner Laudatio würdigte Kreispräsident Winfried Zylka das „unermüdliche Engagement", mit dem die drei Geehrten dazu beigetragen haben, die Gedenkstätte für das ehemalige Außenkommando des KZ Neuengamme gegen zahlreiche Widerstände zu errichten und zu einem Ort des Gedenkens und des Lernens zu machen.

Uwe Czerwonka, Uta Körby und Hans-Joachim Wolfram (v.l.n.r.) bei der Ehrung am 30. Juni.
Foto: Wolf Schmidt-Körby

Diese öffentlich ausgesprochene Anerkennung ist auch Ausdruck der über Jahre hinweg gepflegten Zusammenarbeit der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen mit dem Kreis Segeberg. Kreispräsident Zylka war ebenso wie andere Repräsentanten des Kreises regelmäßig auf Veranstaltungen der Gedenkstätte zugegen und betonte dabei in seinen Grußworten die Bedeutung der an diesem Ort geführten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Für den Vorstand des Trägervereins ist dies ein weiterer Schritt auf dem Weg der angestrebten engen Verbindung der Gedenkstätte zu Kreisen und Kommunen, die als Gewähr für die langfristige Sicherung der Arbeit des Gedenk- und Lernortes gesehen wird. *(H.S.)* ◄

Zwischen Aufklärung und Rechtslage: Konflikt um Gedenken der „Euthanasie"-Opfer

Brigit Janzen

Am 19. September 2016 fand im Kulturministerium ein Vermittlungsgespräch zwischen dem Arbeitskreis Cap Arcona (Neustadt in Holstein) und dem Landesarchiv Schleswig-Holstein statt. Der Arbeitskreis hatte nach Recherchen Namen von Opfern veröffentlicht, obwohl das Landesarchiv gemäß geltender Rechtslage Auflagen hinsichtlich schutzwürdi-

ger Belange heutiger Nachkommen erteilt hatte. Die Auswertung von Patientenakten aus der NS-Zeit bewege sich hier in einem Spannungsverhältnis zwischen dem wissenschaftlichen Interesse und der gesellschaftlichen Verpflichtung zur Erinnerung einerseits und dem Schutzbedürfnis Betroffener oder Dritter andererseits. Im konkreten Fall hatte der Schiedsausschuss dem Arbeitskreis in der Folge die Einsichtnahme in sogenannte Transportlisten der ehemaligen Landesheilanstalt Neustadt und die Veröffentlichung der Namen von Opfern, die nachweislich ermordet wurden, gestattet. Nachdem der Arbeitskreis jedoch alle Namen ohne einen Beleg für das weitere Schicksal veröffentlicht hat, ergibt sich ein Verstoß gegen eine Auflage der Nutzungsgenehmigung des Landesarchivs.

Ministerin Anke Spoorendonk betonte in dem Gespräch ausdrücklich ihre Unterstützung für das Anliegen, den Opfern der Nazi-„Euthanasie" ihre Namen und damit auch einen Teil ihrer Würde zurückzugeben und hinter den abstrakten Opferzahlen auch die Einzelschicksale der Menschen sichtbar zu machen. Auch wenn sich die Rechtsauffassung zur Veröffentlichung von Namen von „Euthanasie"-Opfern derzeit wandelt, wie von Dr. Ehrhart Körting (Vizepräsident des Verfassungsgerichts Berlin a.D. und Autor eines Gutachtens zum Thema) referiert, so ist dennoch jedes Handeln noch an die geltende Rechtslage gebunden. Das Landesarchiv muss daher weiterhin jeden Einzelfall sorgfältig prüfen sowie Rechtsänderungen verfolgen und umsetzen.

Ministerin Spoorendonk regte in Abstimmung mit dem ebenfalls anwesenden wissenschaftlichen Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH), Dr. Harald Schmid, an, dass der Arbeitskreis Cap Arcona für seine geplanten Aktionen auch Fördergelder der BGSH beantragen könne.

Dr. Brigit Janzen ist Referentin in der Abteilung Kultur des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein. ◄

ProGedenkstätten: Neues vom Rosenprojekt „Friedenslicht"

Karin Penno-Burmeister

Am 8. Mai 2015 haben wir eine Charity-Rose zugunsten der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein öffentlich vorgestellt und auf den Namen „Friedenslicht" getauft. Mittlerweile blüht die weiße Rosenneuheit an den Gedenkstätten und Erinnerungsorten des Landes, am Landeshaus in Kiel, an Kultur- und Bildungseinrichtungen, an der Landesvertretung Schleswig-Holsteins in Berlin und in öffentlichen wie privaten Gärten deutschlandweit. Im Herbst 2015 waren die ersten 3.000 Rosen innerhalb kürzester Zeit ausverkauft und generierten rund 3.000 Euro Spenden. Seit Oktober 2016 sind weitere Pflanzen der Rosensorte „Friedenslicht" direkt beim Rosenzüchter Tantau in Uetersen bestellbar.
Unter dem internationalen Synonym „Eirene" wird die Strauchrose seit Sommer 2016 auch international bekannt, so bisher in der Ukraine, in den Niederlanden, in Dänemark. Italien, Ungarn, Großbritannien und Südafrika. In Tschechien wurden drei Rosen im Rosengarten der Gedenkstätte von Lidice gepflanzt. Hier hatten am 10. Juni 1942 Mitglieder der deutschen Ordnungspolizei und Wehrmacht als Rache für das Attentat auf Reinhard Heydrich, den Leiter des Reichssicherheitshauptamts und stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, das Dorf Lidice unweit von Prag zerstört. 173 männliche Dorfbewohner wurden erschossen. Die Frauen wurden in KZs deportiert, wo 52 von ihnen starben. Die 105 Kinder von Lidice wurden verschleppt, viele wurden vergast, 17 zur „Germanisierung" nach Süddeutschland gebracht. Nach dem Krieg entstand für die Überlebenden dieser Verbrechen 300 Meter vom alten Ort entfernt ein neues Dorf. An der Stelle des früheren Lidice befinden sich heute die Gedenkstätte und ein Museum. ◄

„Das sind wir den Toten und ihren Nachkommen schuldig". Bund und Länder einigen sich auf Erhalt der 3.000 Gräber von verfolgten Sinti und Roma

Am 9. Dezember 2016 haben Bund und Länder im Rahmen der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin einen Beschluss zum Ruherecht für Grabstätten der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma gefasst. Sie kommen damit der Bitte des Vorsitzenden des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, Romani Rose, nach. Er hatte sich seit Jahren für ein dauerndes Ruherecht eingesetzt. Bund und Länder sind übereingekommen, die Kosten zum Erhalt der Gräber zu je 50 Prozent zu übernehmen.

„Ich begrüße den Beschluss zum Erhalt der Gräber derjenigen Sinti und Roma, die vom nationalsozialistischen Regime als Volksgruppe aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. Das sind wir den Toten und ihren Nachkommen schuldig", sagte Bundesministerin Manuela Schwesig. „Mein Haus wird in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen in den Ländern eine Regelung erarbeiten, damit dieser Beschluss schnell umgesetzt werden kann."

Die Umsetzung kann unter Wahrung verfassungsrechtlicher Zuständigkeiten des Bundes und der Länder ohne gesetzliche Änderungen kurzfristig erfolgen. Die Zuständigkeit der Länder für eine Regelung des Ruherechtes bleibt dabei unberührt, auch die Gesetzgebungskompetenz bleibt bei den Ländern. Die noch im Detail auszuhandelnde Vereinbarung soll sich an die Regelung für die verwaisten jüdischen Friedhöfe aus der Vorkriegszeit orientieren. Bundesweit sind etwa 3.000 Grabstätten betroffen. Der Bund erklärte sich bereit, den Ländern 50 Prozent der entstehenden Kosten zu erstatten. *(BMSFJ/H.S.)* ◄

Fortbildung zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen

Vorstellungen sozialer Ungleichwertigkeit sind das verbindende Element extrem rechter Einstellungen. Diese prägen Strukturen, Handlungsmuster und Erscheinungsformen von Neonazis und RechtspopulistInnen. Gleichzeitig finden sich dieselben ausgrenzenden Gedanken und Argumentationsmuster in der Mitte der Gesellschaft und bilden damit den Nährboden für Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Angriffe auf Geflüchtete, Kampagnen ausgrenzender Sexual- und Familienpolitik oder völkisch-nationalistische Demonstrationen sind aktueller Ausdruck dieser Verbindung.

Das Fortbildungskonzept „breit aufgestellt!" greift seit 2013 die einzelnen Ideologieelemente der extremen Rechten auf, beschreibt sie in ihrem Zusammenwirken und lotet ihre Bedeutung für die gesamte Gesellschaft aus. Ziel ist es, extrem rechten Aktivitäten und Einstiegsprozessen in rechte Szenen den Nährboden zu entziehen. Multiplikatoren sollen für eine Präventionsarbeit befähigt werden, die Ausgrenzungsmechanismen in der Mitte der Gesellschaft, im professionellen Alltag und Lebensumfeld entgegenwirkt.

2017 finden die einzelnen Veranstaltungen zu folgenden Terminen statt (jeweils Fr 14–20 Uhr und Sa/So 10–17 Uhr):

- 31. März bis 2. April
- 19. bis 21. Mai
- 9. bis 11. Juni
- 23. bis 24. September
- 11. bis 12. November.

Veranstaltungsort ist das Junge Hotel Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 14, 20097 Hamburg.

Die Fortbildung wendet sich an Multiplikatoren aus der politischen Bildung: Politische Bildner/-innen, Pädagoginnen und Pädagogen aus der allgemeinen Weiterbildung, Lehrer/-innen,

Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Mitarbeiter/-innen von Jugendeinrichtungen, aber auch an weitere Akteurinnen und Akteure aus gesellschaftlichen Bereichen, die mit den beschriebenen Phänomenen konfrontiert sind und darauf pädagogisch reagieren wollen. Sie sollen befähigt werden, in ihrem Umfeld und in den Institutionen präventiv gegen ausgrenzende und extrem rechte Einstellungen zu wirken bzw. bestehende Konfliktlagen pädagogisch anzugehen.

Veranstalter ist die Bundeszentrale für politische Bildung und der „Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben" in Zusammenarbeit mit „Arbeit und Leben Hamburg". Die Teilnahmegebühr beträgt 600 Euro inklusive Übernachtung und Verpflegung. Die Teilnahme an allen Modulen ist verbindlich. Die Module können nicht einzeln belegt werden

Nähere Informationen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Hanne Wurzel, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, 0228-99515-0, info@bpb.de.

Anmeldung bei: Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, 040-284016-11, www.hamburg.arbeitundleben.de, office@hamburg.arbeitundleben.de.
(bpb/H.S.) ◄

LESEZEICHEN

LITERATURHINWEISE

Benz, Wolfgang; Distel, Barbara (Hrsg.): „Gemeinschaftsfremde". Zwangserziehung im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR, Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde & Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Boldt, Christian; Loebert, Sönke; Puymann, Kirsten (Hrsg.): Erinnerungsorte, Itzehoe 2014 (Steinburger Jahrbuch 59/2015) (Inhaltsverzeichnis)

Brauer, Juliane: „Heiße Geschichte"? Emotionen und historisches Lernen in Museen und Gedenkstätten, in: Sarah Willner, Georg Koch, Stefanie Samida (Hrsg.): Doing history. Performative Praktiken in der Geschichtskultur, Münster 2016, S. 29–44

Defrance, Corine; Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch"? Deutschland in Europa nach 1945, Bonn 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Drohsel, Karsten Michael: Das Erbe des Flanierens. Der Souveneur – ein handlungsbezogenes Konzept für urbane Erinnerungsdiskurse, Bielefeld 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Eschebach, Insa; Hammermann, Gabriele; Rahe, Thomas (Hrsg.): Repatriierung in Europa 1945, Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Fentsahm, Uwe; Lange, Nils; Arbeitskreis Zwangsarbeiter, Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangene: Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft im Amt Bordesholm 1939–1945, Bordesholm 2016

Frindte, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund". Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Großbölting, Thomas; Grawe. Lukas: Wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Landräte hinsichtlich möglicher Verstrickungen während der Zeit des Nationalsozialismus, Gutachten, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Historisches Seminar, o.J. (2015) (Download)

Heitzer, Enrico u.a. (Hrsg.): Von Mahnstätten über zeithistorische Museen zu Orten des Massentourismus? Gedenkstätten an Orten von Verbrechen in Polen und Deutschland, Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Hertfelder, Thomas; Lappenküper, Ulrich; Lilleteicher, Jürgen (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten in Deutschland, Göttingen 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Johannsen, Andreas C.: Danske laeger under Nazismen, Kopenhagen 2016

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): „Euthanasie"-Verbrechen. Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bremen 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Lieske, Dagmar: Unbequeme Opfer? „Berufsverbrecher" als Häftlinge im KZ Sachsenhausen, Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Meyer, Beate (Hrsg.), unter Mitarbeit von Esther Yen: Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945), Berlin 2016 (Inhaltsverzeichnis)

Niven, Bill: Das Ende der Schuld? Die öffentliche Erinnerung an die zwei Weltkriege und die Befreiung der Konzentrationslager in Deutschland, in: Insa Eschebach u.a. (Hrsg.): Repatriierung in Europa 1945, Berlin 2016, S. 137-152

Remmers, Angelika: Das Marineartilleriearsenal im Wandel der Zeit. Eine Dokumentation, Wahlstedt 2016

Sharples, Caroline: Postwar Germany and the Holocaust, London 2016 (Inhaltsverzeichnis) ◄

TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen Online-Veranstaltungskalender der BGSH.

Noch bis 31. Januar, Rathaus Bordesholm, Mühlenstraße 7, 24582 Bordesholm

„Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenschaft im Bordesholmer Land". Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie hier.

Noch bis zum 23. April, CAU, Medizin- und Pharmaziehistorische Sammlung, Brunswiker Str. 2, 24105 Kiel

„Radiologie im Nationalsozialismus". Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie hier.

12. Januar bis 9. Februar, St. Marien, Marienkirchhof 7, 249337 Flensburg

„Neue Anfänge nach 1945? Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen". Wanderausstellung der Nordkirche. Nähere Informationen finden Sie hier.

18. Januar, 18:00 Uhr, Plenarsaal des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

„Landespolitik mit Vergangenheit". Veranstaltung des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein. Vortrag von Prof. Dr. Uwe Danker. Nähere Informationen finden Sie hier.

19. Januar bis 8. Februar, Hamburger Rathaus, Rathausmarkt 1

„Die Hamburger Curiohaus-Prozesse: Kriegsverbrechen vor britischen Militärgerichten". Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zum Gedenktag 27. Januar. Nähere Informationen finden Sie hier.

26. Januar, 16:00 Uhr, Ratssaal, Holstenstraße 14, 24568 Kaltenkirchen

Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Veranstaltung des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Nähere Informationen finden Sie hier.

27. Januar, 17:30 Uhr, Kreishaus in Husum, Marktstr. 6, 25813 Husum

„Deportiert in das KZ Neuengamme. Strafaktionen von Wehrmacht und SS im besetzten Europa". Eröffnung der Wanderausstellung zum Gedenktag 27. Januar. Nähere Informationen finden Sie hier.

27. Januar, 18:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstraße 3 25926 Ladelund

Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Stilles Gedenken und (ab 18:30 Uhr) Vortrag von Nils Paupach über „Rechtsrock oder missverstandene Heimatliebe?" Nähere Informationen finden Sie hier.

27. Januar, 19:00 Uhr, Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge Friedrichstadt, Am Binnenhafen 17, 25840 Friedrichstadt

„Drei NS-verfolgte Exilantinnen - biografische Brüche und Überlebensstrategien". Vortrag von Susanne Wittek mit Lesung von Katharina Schütz. Nähere Informationen finden Sie in Kürze hier.

30. Januar, 19:00 Uhr, Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel-Wik

„Das Brot der verfluchten Zeiten". Dr. Jürgen Strasser liest Paul Tillard. Nähere Informationen finden Sie in Kürze hier.

14. Februar bis 31. März, Ratzeburger Dom, Domhof 35, 23909 Ratzeburg

„Neue Anfänge nach 1945? Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen". Wanderausstellung der Nordkirche. Nähere Informationen finden Sie hier.

28. April, KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing

Eröffnung der erweiterten und neugestalteten Gedenkstätte. Nähere Informationen finden Sie in Kürze hier. ◄

.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
info@gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-24
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.)
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461 ◄